

JETZT. FÜR MORGEN.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Wahlprogramm

Kreistagswahl im Kreis Pinneberg

25. Mai 2008

I. Zukunftsfähiges Wirtschaften für Morgen	5
1. Lokaler Klimaschutz für globale Wirkung	5
2. Klimaschutz schafft Arbeit	6
3. Klimaschutz und Müllentsorgung sind keine Gegensätze!	7
4. „Energie“ für Helgoland	9
5. Stärkung der regionalen Wirtschaft	9
6. Tourismus als Wirtschaftsfaktor	10
7. Natur-, Biotop- und Wasserschutz – Erhalt unseres Lebensraumes	11
8. Gentechnikfreie Landwirtschaft im Kreis Pinneberg	12
II. Nachhaltige Mobilität für alle	13
1. Attraktivitätssteigerung im öffentlichen Personennahverkehr	14
2. Eine aktive Fahrradpolitik für den Kreis	15
3. Minimierung der Lärm- und Feinstaubbelastung	15
4. Verkehrsbauprojekte nachhaltig entwickeln	16
5. Shared Spaces - den Verkehrsraum gleichberechtigt nutzen!	16
III. Kinder- und jugendgerechte Politik	17
1. Kinder haben Rechte	17
2. Kinderbetreuung muss für alle da sein	17
3. Kreisaufgabe Jugendhilfe: Politik für morgen!	18
IV. Bildung für alle	19
1. Bildung muss für alle verfügbar bleiben	19
2. Autonome Bildungseinrichtungen sind stark!	20
3. Gemeinsames lernen macht stark!	21
4. Bibliotheken als Problemlöser – was darf Bildung kosten?	21
5. Schulen erhalten und weiterentwickeln	22
6. Für jedes Kind ein Instrument	22
V. Beteiligung der BürgerInnen	23
1. Bürgerhaushalt	23
2. Verwaltungsreform	24
3. Nordstaatdebatte und Metropolregion Hamburg	25
VI. Menschenwürdiges und selbst bestimmtes Leben für alle	25
1. Integration von Langzeitarbeitslosen	25
2. Gleichstellung von Frauen und Männern	27
3. Gesundheitspolitik für die Zukunft	28
4. Politik für ältere Menschen	29
5. Für Toleranz und Weltoffenheit – Zukunftsaufgabe Integration	30
6. Unterstützung des Sports	31
VII. Kultur für den Kreis Pinneberg	31
Zum Schluss	32

JETZT. FÜR MORGEN.

ist der Anspruch, den die GRÜNEN sich für ihre Politik gesetzt haben. Wir dürfen nicht nur an einen kurzfristigen Erfolg denken. Unsere Politik muss ein langfristig orientiertes Handeln zum Ziel haben, dass auch zukünftigen Generationen ein selbst bestimmtes, soziales und nachhaltiges Leben in einer intakten Umwelt ermöglicht.

Um Ziele wirklich durchzusetzen, ist es notwendig und sinnvoll sich einzumischen! Viele von uns haben es auf unterschiedlichen Ebenen ausprobiert und erfahren, dass sich gemeinsam mit Geduld und Courage Veränderungen erreichen lassen. Wir möchten Politik gemeinsam mit Ihnen machen und nicht nur mit Ihren Stimmen.

Dies ist heute um so wichtiger, da wir gerade in den nächsten 5 bis 10 Jahren vor erheblichen Entscheidungen stehen. Die Klimawissenschaftler der Welt haben uns bei den Beratungen der Vereinten Nationen in 2007 beeindruckend gezeigt was passiert, wenn wir so wie bisher weiter Raubbau an den Ressourcen der Erde treiben.

Um unseren Kindern ein lebenswertes soziales Umfeld in einer lebenswerten Umwelt zu ermöglichen, müssen wir uns endlich auch auf kommunaler Ebene ernsthaft mit dem Klimaschutz beschäftigen. Klimaschutz ist die überfällige Antwort auf ein seit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts verdrängtes, grundlegendes Wirtschaftsproblem: Das Interesse am Profit treibt Unternehmen und Einzelne (nicht nur zur Ausbeutung der Arbeitskraft des Menschen, sondern auch) zum Raubbau an der Umwelt und zur Veränderung des Klimas durch die Verbrennung von Öl, Erdgas und Kohle.

Diesem Raubbau müssen wir – im Interesse unserer Kinder – Einhalt gebieten. Das können wir schaffen: mit einer zweiten industriellen Revolution, dem Ausstieg aus der Kohlenstoffwirtschaft. Um diesen Ausstieg zu meistern, entwickeln wir Grüne vor Ort wirksame Projekte für den Klimaschutz.

Doch stark sind wir nur gemeinsam. Deshalb wollen wir den Ausstieg aus der Kohlenstoffwirtschaft unter Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungen erreichen.

Die örtlichen AGENDA 21-Prozesse wollen wir dafür wieder aufleben lassen und in Richtung des Klimaschutzes verstärken. Sie geben bei konsequenter Anwendung den EntscheidungsträgerInnen ein Leitbild für eine zukunftsfähige lokale Politik. Zum Mitmachen sind neben Politik und Verwaltung vor allem Bürgerinnen und Bürger vor Ort aufgerufen.

Unsere Politik machen wir nicht nur für Deutsche, nicht nur für Männer und nicht nur für Christen, sondern entsprechend dem Konzept des Gender MAINstreamings (EU-Richtlinie zur Herstellung von Chancengleichheit von 1997) für alle Menschen unseren Kreises unabhängig von Geschlecht, Religion, Nationalität und sexueller Orientierung.

Polis = griechischer Begriff für Stadt oder Gemeinschaft

Als **Politik** wird allgemein ein vorausberechnendes, auf ein bestimmtes Ziel ausgerichtetes Verhalten innerhalb der Gesellschaft betrachtet

“**Politik** ist die Summe der Mittel, die nötig sind, um zur Macht zu kommen und sich an der Macht zu halten und um von der Macht den nützlichsten Gebrauch zu machen“
(Machiavelli, um 1515)

“Unter **Politik** verstehen wir den Begriff der Kunst, die Führung menschlicher Gruppen zu ordnen und zu vollziehen.“
(Arnold Bergsträsser, 1961)

“**Politik** (ist) der alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringende Kampf der Klassen und ihrer Parteien, der Staaten und der Weltsysteme um die Verwirklichung ihrer sozial-ökonomisch bedingten Interessen und Ziele.“
(Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, 1969)

Daraus ergeben sich für uns auf Kreisebene folgende Schwerpunkte für unsere GRÜNE Politik:

- Zukunftsfähiges und nachhaltiges Wirtschaften,
- Nachhaltige Mobilität für alle,
- Kinder- und jugendgerechte Politik,
- Bildung für alle,
- Beteiligung der BürgerInnen,
- Menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben für alle
- Kultur für Alle

Die AGENDA 21 ist auch weiterhin die unser Leitbild. Wir treten für Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Selbstbestimmung ein.

Wir kennen die Grenzen der Politik und dies erst recht auf Kreisebene. Leere Kassen im öffentlichen und privaten Leben lassen nicht viel Spielraum, vor allem wenn wir uns nicht auf Kosten unserer Kinder noch stärker verschulden wollen.

Trotzdem halten wir es für nötig, dass wir deutlich machen, was unsere politischen Ziele auf Kreisebene sind und was wir für eine GRÜNE Zukunft neu erreichen wollen.

Auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro verständigten sich die Staats- und Regierungschefs auf die **AGENDA 21**, ein Leitbild für zukunftsfähige Politik.

I. Zukunftsfähiges Wirtschaften für Morgen

Die deutsche Wirtschaft hat ein erhebliches Potenzial, sich mit Neuentwicklungen an veränderte Situationen anzupassen. Das hat die Erfolgsstory der erneuerbaren Energien gezeigt. Deutschland ist Weltmeister beim Export von Windrädern. Sie stehen nicht nur hier bei uns sondern in Spanien, USA und auch in China.

Leider steht häufig nur das kurzfristige Renditedenken im Vordergrund, anstatt durch Innovationen ein nachhaltiges Überleben des Betriebs sicherzustellen. Das haben wir im Bergbau und bei der Werftindustrie gesehen. Auch Subventionen ohne Ende zur Aufrechterhaltung eines sterbenden, sich nicht ändern wollenden Wirtschaftszweigs helfen dann nicht mehr, die Arbeitsplätze langfristig zu sichern. Leider sind jetzt die Energiewirtschaft und die Automobilindustrie auf dem direktem Weg, zu so einem Industriezweig zu werden.

Der Klimawandel und die jetzt nach den Aussagen der Klimaforscher spätestens schon bis 2015 erforderlichen Klimaschutzmaßnahmen müssen uns endlich aufwecken. Sie stellen notwendiges Investitionspotential dar, dass eine in die Zukunft orientierte Wirtschaft beleben wird. Dies sichert Arbeitsplätze für die Zukunft.

Mit nachhaltigem Handeln bei Herstellung und Verbrauch, das den Klimaschutz konsequent berücksichtigt, erhalten wir unsere Lebenschancen auch morgen. Mit unserer Politik im Kreis Pinneberg wollen wir dazu einen wirksamen Beitrag leisten.

Ökologische Politik ist Gesellschaftspolitik und hat deshalb Konsequenzen für viele Politikfelder: zum Beispiel für die Gestaltung der Wirtschaft, des Verkehrssystems und des Gesundheitswesens. Ansatzpunkte für GRÜNE Politik in Pinneberg sind die kreiseigenen Gesellschaften, die Förderprogramme und die gemeindeübergreifende Vernetzungsfunktion des Kreises. Diesen Einfluss des Kreises wollen wir nutzen und auch erstreiten. Immer mehr Aufgaben sind in den letzten Jahren von der Kreisverwaltung weg auf Kreisgesellschaften übertragen worden. Der Einfluss der BürgerInnen und der von ihnen gewählten VertreterInnen schwindet damit. Diesen Trend wollen wir aufhalten, indem wir ein Mitgestaltungsrecht einfordern.

1. Lokaler Klimaschutz für globale Wirkung

Wir können im Kreis Pinneberg nicht erwarten, dass immer nur die anderen etwas für den Klimaschutz machen. Da müssen wir selbst ran. Darum müssen alle Handlungen in der Kreispolitik auf ihre Klimaschutzauswirkungen überprüft werden. Es darf künftig kein politischer Beschluss mehr gefällt werden, wenn dessen Auswirkungen auf die CO₂-Emission im Kreis nicht eindeutig beziffert sind.

Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass nicht nur die Klimaschutzauswirkungen festgestellt werden. Vielmehr muss die Politik der Verwaltung Handlungsrichtlinien zu Klimaschutzzielen vorgeben, die sowohl jährliche

Stern-Report

Nicholas Stern, ehemaliger Weltbank-Chefökonom, jetzt volkswirtschaftlicher Berater der britischen Regierung.

Die Investition von 1% des Bruttoinlandsprodukts ist erforderlich, um Klimawandel auf 2 °C bei sofortigem Handeln zu begrenzen.

Bei Nichthandeln steigen die Schäden durch den Klimawandel auf mindestens 20% des Bruttoinlandsproduktes an.

Die externen Kosten für Strom aus Kohlekraftwerken betragen etwa 85 EUR/tCO₂ und werden zur Zeit von der Allgemeinheit und nicht den Stromerzeugern getragen.

GRÜNE CO₂-Minderungsziele für den Kreis Pinneberg:

- Absenkung bis 2015 um 20%
- Absenkung bis 2020 um 50%

als auch langfristige Ziele enthalten. Alle Projekte müssen sich an diesen Klimaschutzzielen orientieren.

Wir GRÜNE fordern, dass der Politik eine aktuelle CO₂-Erstbilanz für das Jahr 2007 bis zur Haushaltsaufstellung für 2008 von der Kreisverwaltung vorgelegt wird. Diese muss dann konsequent jährlich aktualisiert werden. Die Auswirkungen aller Beschlüsse in den politischen Gremien auf die CO₂-Emission im Kreis Pinneberg müssen eindeutig bezifferbar sein. Basis des politischen Handelns muss eine aktuelle CO₂-Bilanz für den Kreis sein.

Damit die Politik den lokalen Klimaschutz auch wirklich realisieren kann, fordern wir GRÜNE eineN **KlimaschutzbeauftragteN** für die Kreisverwaltung. Diese beauftragte Person wird direkt der Leitung des Kreises unterstellt, wie dies auch sonst für Beauftragte üblich ist. Jährlich erfolgt eine Berichterstattung gegenüber dem Kreistag.

Die vorhandenen fossilen Energieträger sind endlich. Daher müssen wir die Energiewende vor Ort im Kreis Pinneberg wirksam umsetzen. Wir setzen hier auf konsequente Energieeinsparung sowie auf die Förderung und den Ausbau von regenerativen Energiequellen wie z. B. Wind- und Solartechnologie, lokale Kraft-Wärme-Kopplung und Biogastechnologie.

In der Energiepolitik stehen wir im Kreis besonders für:

- die Einführung und Weiterentwicklung des Energiemanagements in kreiseigenen Gebäuden (Kreishaus, Schulen, Kliniken, kreiseigene Gesellschaften).
- die Umsetzung von Wärmedämmungsmaßnahmen und den Einbau energiearmer Geräte.
- die Nutzung von Förderprogrammen bei der Solartechnik, insbesondere für den Einbau bei kreiseigenen Liegenschaften unter Einsatz von Fördermitteln der KfW vom Land, Bund und EU.
- CO₂ Minderung bei dem kreiseigenen Fuhrparks und kreiseigenen Gesellschaften durch Car-Sharing und Einsatz moderner umweltfreundlicher Fahrzeuge.

2. Klimaschutz schafft Arbeit

Zukunftsfähiges Wirtschaften schafft neue Arbeitsplätze. Eine dezentrale Energiewirtschaft auf der Basis erneuerbarer Energiequellen und der Kraft-Wärme-Kopplung vor Ort schafft qualifizierte Arbeitsplätze gerade im örtlichen Handwerk. Die in einer Reihe von Gemeinden im Kreisgebiet vorhandenen Stadtwerke sind dazu die richtigen Akteure. Sie müssen konsequent ihre Verpflichtung nach der Gemeindeordnung für ein Handeln im Interesse der Daseinsvorsorge der BürgerInnen ernst nehmen.

Der Kreis kann dieses Handeln wirksam unterstützen, indem die Energielieferverträge mit den Monopolanbietern gekündigt werden und alle Gebäude nur noch mit Ökostrom und ökologisch erzeugter Wärme versorgt werden. Das darf aber nicht nur für die Kreisverwaltung selber gelten. Auch alle Gesellschaften, an denen der Kreis beteiligt ist, müssen sich so verhalten.

Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass in alle Gesellschafterverträge der Beteiligungsgesellschaften des Kreises der Klimaschutz als Unternehmens-

KlimaschutzbeauftragteR des Kreises Pinneberg

Direkt der Leitung des Kreises unterstellt.

Jährliche Berichterstattung an den Kreistag.

Aufgaben u. a.:

- Aufstellen der CO₂-Bilanz
- Energiemanagement wie im Kreis Rendsburg-Eckernförde
- Beratung aller Dienststellen, Beteiligungsgesellschaften des Kreises mit der Politik in Klimaschutzfragen bei der Beschaffung und Ausschreibung

Ökostrom

Alle Liegenschaften des Kreises werden mit Ökostrom versorgt.

Ökowärme

In allen Liegenschaften des Kreises wird die Wärmeerzeugung umgestellt auf regenerative Erzeugung durch Solarenergie oder durch Kraft-Wärme-Kopplung.

E.ON Hanse

Der Kreis Pinneberg ist mit 1,84 % an E.ON Hanse beteiligt im Nennwert von etwa 2,6 Mio. EUR und einem Verkehrswert von etwa 40 Mio. EUR.

Die Beteiligung aller 11 Kreise aus Schleswig-Holstein an E.ON Hanse beträgt derzeit 26,18%.

ziel nicht nur mit aufgenommen wird sondern eine Vorrangstellung erhält. Es kann nicht angehen, dass die Regio-Kliniken als hundertprozentige Gesellschaft des Kreises nur aus kurzfristigen wirtschaftlichen Vorteilen funktionsfähige, ökologisch sehr sinnvolle BHKW-Systeme außer Betrieb nehmen und durch eine einfache Gasheizung ersetzen.

Sollte es den Kreisen als Minderheitsgesellschafter bei E.ON Hanse nicht gelingen, die Geschäftspolitik dieses Versorgers im Einklang mit den Klimaschutzziele des Kreises zu bringen, muss sich der Kreis aus der Beteiligung an E.ON Hanse zurückziehen. Unsere Einlage bei E.ON Hanse werden wir dann als Kapitalstock für eine öffentlich-rechtliche Klimaschutzstiftung des Kreises nutzen. Mit den Erträgen der Klimaschutzstiftung werden wir lokale Klimaschutzprojekte z. B. im Verkehr, als Bürgersorlaranlagen oder Bürgerwindparks fördern. Natürlich werden alle gesellschaftlich relevanten Gruppen und alle im Kreistag vertretenen Parteien im Beirat der Klimaschutzstiftung vertreten sein. Die BürgerInnen werden herzlich eingeladen, sich an dieser Klimaschutzstiftung mit eigenen finanziellen Mittel zu beteiligen, z. B. durch Vermächtnisse oder Spenden.

Zum Umdenken im Klimaschutz gehört auch, den Einsatz der Windenergie nicht mit fadenscheinigen, ewig gestrigen Begründungen zu torpedieren. Wir haben hier in Schleswig-Holstein ein gewaltiges Potenzial für die eigene Stromerzeugung aus absolut abgas- und CO₂-freier Windenergie, die wir dringend nutzen müssen.

Landesweit sind mindestens 1 % der Landesfläche als Eignungsflächen vorgesehen, davon sind derzeit 0,75% schon ausgewiesen. Der Kreis Dithmarschen hat das Ziel übererfüllt und der Kreis Nordfriesland fast erreicht. Der Kreis Pinneberg ist landesweites Schlusslicht mit nur etwa 0,05% der Kreisfläche. Dafür gibt es keinen sachlichen Grund. Insbesondere in der Marsch und im nördlichen Kreisgebiet sind außerhalb der Naturschutzgebiete genügend Flächen geeignet, damit sich auch die Wirtschaft im Kreisgebiet an dem Erfolgsmodell beteiligen kann und die Gewerbesteuererinnahmen für die Kommunen sprudeln. Wir werden uns bei der Regionalplanung dafür einsetzen, dass auch der Kreis Pinneberg seinen Beitrag an der Ausweisung von Eignungsflächen für Windenergieanlagen erfüllt. Eine Verdoppelung des Anteils an ausgewiesener Eignungsfläche auf 0,1% des Kreisgebietes müssen wir bis 2010 erreichen.

3. Klimaschutz und Müllentsorgung sind keine Gegensätze!

Der Kreis ist für nahezu sämtliche Aufgaben der Abfallwirtschaft zuständig. Hierzu bekennen wir uns, denn Abfallwirtschaft ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge und schafft Arbeitsplätze in der Region. Der Kreis bedient sich hierbei unter anderem der GAB, an der der Kreis leider nicht mehr alleiniger Eigentümer ist. Durch die Hereinnahme eines privaten Großbetreibers aus der Abfallwirtschaft hat sich das Handeln der GAB leider massiv zum Nachteil der BürgerInnen des Kreises entwickelt. Die Verantwortung für die Daseinsvorsorge ist gegenüber der Gewinnmaximierung in den Hintergrund gerückt. Davon getrieben wollen alle Betreiber solcher Anlagen die Ersten sein und dies geht letztendlich zu Lasten der Gebührenzahler.

Klimaschutzstiftung

Ziel ist Förderung von öffentlichen und privaten Klimaschutzprojekten im Kreisgebiet.

Die Geschäftsführung wird von der Kreisverwaltung wahrgenommen.

Ein Beirat entscheidet über die geförderten Projekte.

Im Beirat sind VertreterInnen aller Fraktionen im Kreistag, der Verwaltung und der stiftenden BürgerInnen.

Das Stiftungskapital entspricht der Höhe der Einlage des Kreises bei E.ON Hanse.

Windkraft ein Erfolgsmodell für die kommunalen Einnahmen:

- an dem 8. Betriebsjahr werden etwa 7.000 EUR pro MW jährlich in den Standortgemeinden fällig
- in den Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen werden ca. 2 Mio. EUR Gewerbesteuer jährlich durch die Windkraft eingenommen

GAB

Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Abfallbehandlung mbH

- 51 % Kreis Pinneberg
- 49 % Remondis AG & Co. KG

Dies zeigt sich gerade jetzt ganz aktuell bei der geplanten Erweiterung der Müllverbrennungsanlage in Tornesch-Ahrenlohe. Für die Entsorgung des Abfalls aus dem Kreis Pinneberg ist sie nicht erforderlich. Sie ist dem Profitstreben geschuldet. Die für die Erweiterung nötigen Müllmengen müssen von weit weg her nach Tornesch transportiert werden. Heute schon ist klar, dass für den in Schleswig-Holstein geplanten Ausbau von Müllverbrennungsanlagen überhaupt nicht genug Abfall zur Verfügung steht. Selbst die Landesregierung rechnet in den kommenden Jahren mit rückläufigen Müllmengen. Weitere Kapazitäten sind in Hamburg und Niedersachsen in Planung. Natürlich soll die Anlagenerweiterung der GAB als Billigbau hochgezogen werden, so dass die Belastung der BürgerInnen in der Nachbarschaft ansteigen wird zu Gunsten der Profitmaximierung.

Auch Klimaschutzhandeln ist leider in der neuen GAB ein Fremdwort geworden. Wie könnte es sonst sein, dass bei der geplanten Kapazitätserweiterung die Ausweitung des Verkaufs der erzeugten Wärme vergessen wird. Wenn sich dann jemand anschließen will, wie das benachbarte Gewerbegebiet in Tornesch-Ahrenlohe, wird dies auch noch durch überhöhte Anschlusspreise hintertrieben. So sieht kein zukunftsorientiertes Handeln in der Daseinsvorsorge aus.

Die kommunale Aufgabe Abfall kann nur dann überleben, wenn wirtschaftliches und ökologisches Handeln einhergehen. GRÜNE Politik setzt sich dafür ein, dass die Aufgaben der Daseinsvorsorge wieder von kommunalen Gesellschaften erledigt werden, ohne privates Kapital mit aufzunehmen. Nur so können wir im Sinne der BürgerInnen handeln. Vor allem aber müssen dann die BürgerInnen mit ihren Gebühren und Abgaben nicht noch die Gewinnerwartung des Privatinvestors mit finanzieren. Dies haben mittlerweile immer mehr Kommunen und Kreise erkannt und drängen die Privatinvestoren wieder aus den kommunalen Unternehmen heraus. Auch öffentliche Unternehmen müssen wirtschaftlich geführt werden.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein:

- Den privaten Minderheitsgesellschafter Remondis wieder aus der GAB herauszukaufen.
- Den Gesellschaftervertrag der GAB durch ökologische Ziele und Klimaschutzziele zu ergänzen.
- Auf die geplante Erweiterung der Müllverbrennungsanlage Tornesch-Ahrenlohe vollständig zu verzichten.
- Endlich auch die bei der Aufbereitung des Bioabfalls entstehende Energie zu nutzen. Dazu wird die derzeitige Kompostanlage durch eine Biogasanlage erweitert. Auch die Bioabfälle aus der Lebensmittelproduktion und der Gastronomie können dann im Kreis Pinneberg sinnvoll energetisch verwertet werden.
- Konsequenterweise die GAB als Wärmedienstleister zu etablieren, indem die entstehende Wärme zu vernünftig kalkulierten Preisen angeboten wird. In einem ersten Schritt wollen wir die unmittelbar benachbarte Kreisfeuerwehrzentrale an das Wärmenetz anschließen, in weiteren Schritten dann das Gartenbauzentrum und das Gewerbegebiet in Tornesch Oha sowie weitere Objekte in den umliegenden Gemeinden. Anstelle in eine überdimensionierte und nicht benötigte Erweiterung der Anlage zu investieren, wird ein modernes Nahwärmenetz aufgebaut als Keimzelle für die Wärmedienstleistung. Hierfür reichen die bestehenden Kapazitäten der Verbrennungsanlage vorläufig aus.

Ausbau der Müllverbrennung bei der GAB

Die GAB plant einen Ausbau von bis zu 250% der heutigen Kapazität.

Landeskapazitäten

Geplanter Zuwachs an Müllverbrennungsanlagen in Schleswig-Holstein: über 450.000 Tonnen pro Jahr. Dies entspricht über 150% der heutigen Anlagenkapazität.

Biogas aus Bioabfällen

wird zurzeit schon im Biowerk in Hamburg-Stellingen produziert.

Die Bioabfallentsorgung im Kreis Rendsburg-Eckernförde wird ab 2008 auf Biogaserzeugung umgestellt.

Die Stadtwerke Schleswig betreiben ein BHKW mit Biogas aus Bioabfällen.

Wärmenetz der GAB

Verwendung moderner Warmwasserleitungen Leitungen mit PUR-Schaum-Isolierung mit sehr geringen Leitungsverlusten.

Wärmenetzerweiterung

- Kreisfeuerwehrzentrale
- Gewerbegebiet Ahrenlohe
- Gartenbauzentrum Thiensen
- umliegende Gemeinden z. B. Kummerfeld, Ellerhoop, Tornesch
- Arboretum

4. „Energie“ für Helgoland

Helgoland als Teil des Kreises Pinneberg bedarf wegen seiner exponierten Lage einer besonderen Betrachtung. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in Helgoland endlich der Wettbewerb auf dem Energiesektor stattfinden kann. Dazu muss Helgoland kurzfristig an das europäische Stromnetz angeschlossen werden durch ein Stromkabel zum Festland.

Helgoland bietet sich als Standort für die lokale Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien geradezu an. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass auf Helgoland die Windkraft und die Solarenergie zur Stromerzeugung genutzt wird. Dabei dürfen die Belange des Naturschutzes und des Denkmalschutzes nicht zu kurz kommen. Mit allen Beteiligten muss in einem „Pakt für Helgoland“ eine einvernehmliche Lösung gefunden werden.

Dann kann auch das nicht mehr zeitgemäße, mit Mineralöl betriebene eigene Kraftwerk, das für einen Luftkurort unangemessene Abgase produziert, endlich außer Betrieb genommen werden. Mit dem schon vorhandenen Wärmenetz ist Helgoland den Festlandgemeinden im Hinblick auf eine zeitgemäße Wärmeenergieversorgung weit voraus. Dies Netz kann durch kleine dezentrale Blockheizkraftwerke, die mit Biogas aus dem in Helgoland anfallenden Bioabfall betrieben werden, auch nach Abschaltung des Kraftwerks weiter genutzt und ausgebaut werden. Der Wärmebedarf muss aber zukünftig in der Grundlast über solarthermische Anlagen abgedeckt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass solarthermische Anlagen, die sich in das Ortsbild von Helgoland einfügen, genutzt werden dürfen.

5. Stärkung der regionalen Wirtschaft

Wir GRÜNE setzen auf regionale Wirtschaftskreisläufe zwischen Stadt, Region und ländlichem Raum. Dies ist förderlich für Handwerk, kleine Dienstleistungsbetriebe und eine verbrauchernahe Landwirtschaft. Innovative Dienstleistungen und Produktionsmethoden, umweltfreundliche Technologien und ortsspezifische Wissens- und Bildungsmerkmale werden zum Standortfaktor und Imagewert einer ganzen Region.

Langfristig angelegte Regionalpolitik ermöglicht Planungssicherheit für Investoren, Kommunen und BürgerInnen. Deshalb begrüßen wir die Zusammenarbeit mit Hamburg und den anderen Landkreisen im Hamburger Rand im Rahmen der Regionalplanung **Metropolregion Hamburg**. Wir fordern eine Ausrichtung an dem Leitbild der Nachhaltigkeit, wie es in der Agenda 21 beschrieben ist.

Der Kreis Pinneberg hat mit der gemeinsam mit dem Kreis Segeberg betriebenen Wirtschafts- und Entwicklungsgesellschaft (WEP) ein Instrument, das gezielt für die Förderung einer zukunftsfähigen Wirtschaft eingesetzt werden kann. Die Ausgleichs- und Förderungsfunktion des Kreises wollen wir zur nachhaltigen Bewirtschaftung von Standorten nutzen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass

- der Belebung von Altstandorten der Vorrang vor der Ausweisung von neuen Gewerbegebieten auf der grünen Wiese eingeräumt wird. Eine

Erneuerbare Energien für Helgoland:

- Biogas aus Bioabfall zur Wärme- und Stromerzeugung
- Solarthermie auf die Dächer zur Wärmeerzeugung
- Stromkabel zum Festland für die Versorgungssicherheit

WEP muss zum Kompetenz- und Kommunikationszentrum für die Wirtschaftsentwicklung ausgebaut werden.

Vorrang für ökologisch handelnde und den Klimaschutz besonders berücksichtigende Betriebe bei der **Wirtschaftsförderung**.

Voraussetzung hierfür ist die flächendeckende Altlastenkartierung, die wir weiter voranbringen wollen.

- die WEP in ein neues Kompetenz- und Kommunikationszentrum für Wirtschaftsentwicklung überführt wird. Diese Einrichtung wird nicht in die Kreisverwaltung integriert. Grundlegende Planungsziele werden durch das Kreisentwicklungskonzept KEK definiert. Es ist erwünscht, dass alle Kommunen in der neuen WEP gleichberechtigt mitarbeiten und beteiligt sind.
- Förderprogramme zur Firmengründung einen besonderen Schwerpunkt „Klimaschutz und ökologisches Handeln“ erhalten.

Damit wollen wir insbesondere der in den letzten Jahren verstärkt anzutreffenden Tendenz Einhalt gebieten, dass sich die Gemeinden einen Konkurrenzkampf zu Lasten Anderer um Unternehmensansiedlungen liefern. So wird das Geld der BürgerInnen durch Förderzusagen und Dumpingpreise für Grundstücke an die ansiedlungswilligen Unternehmen verschleudert, nur um die eigenen Machtinteressenten zu bedienen.

Damit diese „Kirchturm“politik der örtlichen Bürgermeister endlich beendet wird, fordern wir GRÜNE, das Kreisentwicklungskonzept KEK als verbindlichen Regionalentwicklungsplan auszugestalten. Gerade am Beispiel Altenholz und Kiel hat sich gezeigt, dass eine Zusammenarbeit sehr viel nachhaltiger wirkt, um erfolgreiche Wirtschaftsansiedlung zu betreiben. Nur durch gemeinsames Handeln profitieren alle im Kreisgebiet davon und nicht nur die ansiedlungswilligen Unternehmen, die die „Preise“ dann immer weiter drücken können. Gemeinsames Handeln in der Wirtschaftsansiedlung bedeutet natürlich auch, die Gewerbesteuereinnahmen gemeinsam zu teilen. Dazu bieten sich Ausgleichsfondslösungen an, wie sie in Altenholz/Kiel und auch im Kreis Steinburg schon praktiziert werden.

6. Tourismus als Wirtschaftsfaktor

Der wirtschaftliche Faktor Touristik gewinnt im Kreisgebiet immer mehr an Bedeutung. Gerade die von uns sehr offensiv unterstützte Schaffung des Vereins Untereibe-Tourismus zusammen mit dem Kreis Steinburg und vor allem die Errichtung des Elbmarschenhauses in Haseldorf haben zu einem Boom für den Tourismus in der Marsch geführt.

Diesen sehr positiven Ansatz wollen wir weiter fortführen. Darum unterstützen wir GRÜNE die vom Elbmarschenhaus vorgeschlagene Einrichtung eines Naturparks Elbmarschen. Damit werden unsere touristischen Einrichtungen noch bekannter im ganzen Land, ohne dass damit Einschränkungen für die weitere wirtschaftliche Nutzung verbunden sind wie bei einem Nationalpark. Gerade in Schleswig-Holstein gibt es mit den Naturparks Holsteinische Schweiz und Hüttener Berge gute Beispiele für den Erfolg dieses Ansatzes.

Wir begrüßen die Bemühungen der Gemeindeverwaltung Helgolands, der Kurverwaltung sowie auch des Wirtschaftsverbandes zur Umsetzung eines neuen Tourismuskonzeptes für die Insel. Insbesondere unterstützen wir, dass auf der Insel Helgoland eine Umkehr vom Massentourismus zum Wellness -und Erholungstourismus geplant ist. So erfahren die landschaftlichen Besonderheiten der Insel besondere Aufmerksamkeit und Schutz. Die

Neuer Logistikstandort in Ellerbek

Gewerbesteuereinnahmen dürfen nicht vorrangiger Entscheidungsgrund sein.

Auch die Gesundheit der BürgerInnen und Nachbarn von Ansiedlungen muss ein gleichrangiger Entscheidungsgrund sein.

„Kirchturm“ politik beenden durch Zusammenarbeit und Ausgleich beim Gewerbesteueraufkommen.

Kreisentwicklungskonzept muss verbindlich werden für alle Kommunen und den Kreis.

Der neue **Naturpark Elbmarsch** macht die Marsch zum Tourismusmagnet.

Klimawandel in der Nordsee schon angekommen!

Die Beobachtungen der Biologischen Anstalt Helgoland zeigen, dass die Klimaveränderungen bereits dramatische Veränderungen in der Nordsee bewirken. Warmwasserarten wandern ein und verdrängen heimische Fisch- und Krustentierarten.

Anerkennung des Lummenfelsens als Weltkulturerbe würde diese Bemühungen erheblich unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass insbesondere auch in den Wintermonaten eine sichere Schiffsverbindung zum Festland gewährleistet bleibt.

7. Natur-, Biotop- und Wasserschutz – Erhalt unseres Lebensraumes

Kommunale Umweltpolitik findet in erster Linie auf gemeindlicher Ebene statt. Aber auch auf Kreisebene kann und soll etwas getan werden. Natur-, Biotop- und Wasserschutz wollen wir im Kreis weiterentwickeln. Wir setzen uns ein für die vollständige Erhebung, Sicherung und Fortentwicklung der Ausgleichsflächen im Kreisgebiet sowie für die Fortführung der Überarbeitung der Landschaftsschutzgebiete.

Die Elbe ist nicht nur für Hamburg, sondern auch für den Kreis Pinneberg eine wichtige Lebensader. Die Elbe und deren Einzugsbereich ist für uns aber auch ein ökologisch wertvolles Gebiet, das es im Sinne eines nachhaltigen Naturschutzes und unter Einbeziehung der Deichsicherheit zu erhalten gilt. Wir setzen uns entschieden gegen eine weitere Vertiefung der Elbe ein, die ökologisch aber auch ökonomisch völlig unsinnig ist, wie mittlerweile die Gutachten im Planfeststellungsverfahren zeigen.

Die letzte Elbvertiefung hat die Elbe zu einem Kanal verkommen lassen. Die für den Tourismus in der Marsch wichtigen Häfen verschlicken immer schneller. Angesichts der Klimaveränderungen und den damit einhergehenden stärkeren Stürmen sowie höheren zu erwartenden Wasserständen brauchen wir eine Elbe, die nicht zu einer permanenten Gefahr im Sturmflutfall für die Marschbewohner wird.

Außerdem werden sich die GRÜNEN im Kreistag dafür einsetzen, dass endlich Hamburg und die Hamburger Wirtschaft nicht nur von der Elbvertiefung profitieren sondern vollständig für die entstandenen Schäden aufkommen. Dem Verursacherprinzip muss endlich auch hier volle Geltung verschafft werden. Der Ausgleichsfonds muss daher von Hamburg und von seiner Wirtschaft mit einem so großen Eigenkapitalstock ausgestattet werden, dass die mittlerweile in kurzen Abständen erforderlichen Ausbaggerungen der Elbhäfen und der Stadthäfen in Uetersen und Elmshorn vollständig bezahlt werden können.

Des Weiteren setzen wir uns ein:

- für die weitere Ausweisung von Wasserschutzgebieten,
- für Maßnahmen zur Förderung des ökologischen Landbaus und insbesondere der ökologisch ausgerichteten Baumschulwirtschaft.
- für eine verbesserte Baumschutzsatzung im Kreis Pinneberg

Weit über 10 Prozent der Grundwasserkörper in Schleswig-Holstein sind mit Rückständen von Pflanzenschutzmitteln belastet. Besonders betroffen ist der Kreis Pinneberg mit den Baumschulbereichen. Diese Belastung muss konsequent reduziert werden. Im Vordergrund stehen für uns dabei ökologisch arbeitende Baumschulbetriebe und der Verzicht auf die industrielle Pflanzenanzucht mit Pflanzcontainern. Nur so können wir die Naturressourcen auch noch für unsere nachfolgenden Generationen erhalten.

Keine weitere Elbvertiefung!

Statt einer weiteren Vertiefung der Elbe muss es ein nationales Hafenkonzzept geben. Nur mit einer vernünftigen Arbeitsteilung kann die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Seehäfen erhalten und weiter ausgebaut werden.

Grundwasserschutz ernst nehmen

Keine Pflanzcontainer in den Gartenbaubetrieben.

Vorrang für ökologisch arbeitende Baumschul- und Gartenbaubetriebe.

Das Himmelmoor bei Quickborn ist in seiner Gesamtheit schutzwürdig. Besonders bedeutsam sind die Flächen mit regenerierender Moorvegetation und die Birkenbruchwälder, die zum Unberührtesten und Bestentwickelten gehören, was die Natur in Quickborn zu bieten hat. Bei dem vorherrschenden Wasserstand bilden sie auf Torfboden die natürliche Waldvegetation. Die vorgenommene Unterschutzstellung des Himmelmoores durch das Kieler Umweltministerium reicht nicht aus, denn nach wie vor entwässert die Torfabbaufirma den in mehreren tausend Jahren gewachsenen Torfmooskörper und gräbt ihn zur Nutzung in Baumschulen und Gärten ab. Zu diesem Zweck gibt es Alternativen ohne Naturzerstörung. Wir GRÜNE halten deshalb die Forderungen des 8-Punkte-Programmes der Initiative "Rettet das Himmelmoor" aufrecht:

- Erklärung des gesamten Himmelmoores einschließlich der grundwasserbeeinflussten randständigen Auwälder zum Naturschutzgebiet, ohne wirtschaftliche Eingriffe
- Sofortiger Stop des Torfabbaus
- Sofortiger Stop der Entwässerung der zentralen Hochfläche
- Erhalt des Ringes aus Birkenwäldern
- Behutsames Auslichten der birkenbestandenen Moorrest- und Moorpflanzenregenerationsflächen verbunden mit Wassereinstaumaßnahmen
- Verbot der Jagd
- Fortführung der Extensivierung der ehemals landwirtschaftlichen Flächen
- Einrichtung einer Gartenabfallkompostierungsanlage mit Arbeitsplätzen für die Beschäftigten des Torfwerkes

8. Gentechnikfreie Landwirtschaft im Kreis Pinneberg

Gentechnik in der Landwirtschaft wird seit etwa 20 Jahren immer wieder von den großen Saatgutkonzernen propagiert. Neben den immer noch nicht erforschten Wechselwirkungen und Folgen der genetischen Veränderung unserer Lebensumwelt sind auch die ethischen Bedenken nicht ausgeräumt. Mit der Gentechnik werden die Organismen patentfähig und die Landwirte werden zu abhängigen Lizenznehmern der großen Saatgutkonzerne. Ein bäuerliches Handeln mit eigener Anzucht von Saatgut ist dann in der Landwirtschaft nicht mehr möglich. Die wirtschaftlichen Folgen für die Land- und Ernährungswirtschaft durch neue Abhängigkeiten und des Verlustes von Märkten sind beim Einsatz der Gentechnik vorprogrammiert.

Wir sprechen uns daher gegen jeden Einsatz von Gentechnik in der Land- und Ernährungswirtschaft aus. In Schleswig-Holstein haben wir landwirtschaftliche Gunstlagen, die keiner Ertragssteigerung durch Gentechnik bedürfen. Es wäre eine kurzsichtige Politik, wenn die Landwirte für eine kurzfristige Ertragssteigerung ihre gesamten wirtschaftlichen Grundlagen und ihren guten Ruf aufs Spiel setzen. Das haben sie hier im Kreis Pinneberg nicht nötig.

Mit Selbstverpflichtungserklärungen können Landwirte oder landwirtschaftliche Betriebe ein Zeichen setzen. Aber auch die Verbraucherinnen und Verbraucher können sich durch bewusste Wahl beim Kauf für gentechnikfreie Lebensmittel entscheiden. Wir hoffen, dass möglichst viele landwirtschaftliche Betriebe weiter auf gentechnikfreies Saatgut setzen und auf gentechnisch veränderte Futtermittel verzichten.

„Ein gentechnisch veränderter Organismus ist ein Organismus, dessen genetisches Material in einer Weise verändert worden ist, wie sie unter natürlichen Bedingungen durch Kreuzen oder natürliche Rekombination nicht vorkommt.“
(§ 3 Abs.3 Gentechnikgesetz)

Um das bäuerliche Handeln in der Landwirtschaft wieder stärker in den Vordergrund zu stellen, unterstützen wir daher die Kampagne für einen gentechnikfreien Kreis Pinneberg. Wir setzen uns dafür ein, dass dies nicht nur eine Aktion von einzelnen Landwirten und Verbrauchern bleibt. Der Kreistag muss das Kreisgebiet zur gentechnikfreien Zone erklären, wie in Süddeutschland bereits üblich.

II. Nachhaltige Mobilität für alle

Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Sie ist eine Grundbedingung individueller Entfaltung sowie sozialer und wirtschaftlicher Teilhabe. Aber Mobilität darf nicht die Mobilität der AutofahrerInnen zulasten anderer VerkehrsteilnehmerInnen sein. Vor dem Hintergrund der deutlich erkennbaren Auswirkungen des Klimawandels und der schwindenden Ressourcen wie Öl sowie den damit verbundenen steigenden Energiepreisen ist die kommunale Verkehrspolitik ein Schwerpunkt GRÜNER Politik. Wir setzen in erster Linie auf die weitere Förderung öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie den Fuß- und Radverkehr. Dadurch reduzieren wir CO₂-Emissionen und Lärm. So erhöhen wir die Lebensqualität insgesamt für alle Menschen im Kreis Pinneberg.

Seit der Ausweitung des Tarifgebietes auf den gesamten Kreis Pinneberg im Dezember 2002 und der Attraktivitätssteigerung durch abgestimmte Taktfahrpläne sind die Fahrgastzahlen deutlich angestiegen. Der ÖPNV ist auch im Kreis Pinneberg zu einem Erfolgsmodell geworden.

Unsere langjährige Forderung nach der HVV-Ausweitung ist endlich erfüllt worden und zeigt eine positive Wirkung:

Tarifgebiet	2003	2007	Veränderung
HVV Gesamtgebiet	535 Mio.	618 Mio.	+ 15,4 %
Bus und Bahn Kreis Pinneberg	17,54 Mio.	19,88 Mio.	+ 17,1 %
Bus im Kreis Pinneberg	10,54 Mio.	11,75 Mio.	+ 11,4 %
Bus KViP	2,18 Mio.	2,55 Mio.	+ 17,1 %

(Zahlen sind Fahrgäste pro Jahr)

Die Zahlen zeigen es: ein attraktives Angebot von Bus und Bahn bringt mehr Fahrgäste und schont die Umwelt.

Wir sehen Verkehr als System und Verbund. Daher müssen alle Teilbereiche bei der Verkehrsplanung berücksichtigt werden und besonderes Augenmerk auf die Übergänge zwischen den Verkehrsträgern gelegt werden. Wir stehen für eine integrierte Verkehrspolitik: dazu gehören auch Verkehr sparende Stadt- und Raumstrukturen sowie fließende Übergänge vom öffentlichen zum Individualverkehr. Konflikte zwischen Sicherheit und Schnelligkeit müssen sehr sorgfältig abgewogen werden. Wir GRÜNE stehen in unserer kommunalpolitischen Tätigkeit wie keine andere Partei für Engagement bei den Themen Schulwegsicherung und Verkehrsberuhigung.

KViP

Der Kreis Pinneberg ist Mehrheitsgesellschafter der Kreisverkehrsgesellschaft in Pinneberg mbH (KViP) mit Sitz in Uetersen.

1. Attraktivitätssteigerung im öffentlichen Personennahverkehr

Wir wollen den erreichten Standard der Buslinien hinsichtlich Takt und Ausstattung der Fahrzeuge sichern und ausbauen. Besonderes Augenmerk muss auch hier auf der Verknüpfung der Verkehrsträger liegen, etwa durch die optimale Anbindung an den schienengebundenen Verkehr und durch Bike- und Ride-Anlagen. Durch neue Formen bedarfsgesteuerter Verkehrsmittel wie Rufbus, Kleinbus, Linientaxi und Sammeltaxi wollen wir auch in weniger dicht besiedelten Gebieten oder zu verkehrsrärmeren Zeiten ein komfortables und gleichzeitig kostengünstiges Angebot ermöglichen.

Die Beteiligung der BenutzerInnen an Planung und Gestaltung des ÖPNV-Angebotes ist sicher zu stellen. Die unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnisse von Jung und Alt, Frau und Mann sowie von Menschen mit Behinderungen bilden dafür den gemeinsamen Bezugspunkt.

Wir setzen uns weiterhin für eine Realisierung des dritten Gleises zwischen Pinneberg und Elmshorn ein. Mit der damit verbundenen Umgestaltung der Bahnhöfe in Pinneberg und Elmshorn besteht hier die Chance zu einer erheblichen Attraktivitätssteigerung des Bahnverkehrs. Der Bahnhof Tornesch bedarf weiter einer Verbesserung sowohl hinsichtlich der Direktverbindungen Richtung Hauptbahnhof als auch hinsichtlich des Fahrgastkomforts. Dazu gehört auch die Überlegung die S-Bahn über Pinneberg hinaus bis nach Elmshorn zu verlängern. In Stade zeigt sich, dass dieses Konzept der S-Bahn-Verlängerung sehr erfolgreich ist.

Wir setzen uns für eine Mobilitätsberatung ein, die BürgerInnen, auch diejenigen, die nicht der deutschen Sprache mächtig sind, bei der Wahl der Verkehrsmittel berät und zudem die ÖPNV-Angebote vernetzt. Unser Ziel ist eine bessere Information der BürgerInnen über das gute Angebot des ÖPNV, zum Beispiel durch Fahrpläne im Scheckkartenformat. Ein besseres Marketing für Alternativen zum Auto ist gemeinsame Aufgabe des Kreises und der Verkehrsgesellschaften.

Was nichts kostet kann nicht gut sein, oder doch?

Wir meinen nein. Der ÖPNV im Kreis im Verbund des HVV wird gerade von den PendlerInnen gut angenommen. JETZT. FÜR MORGEN. So lautet unser Motto, wir müssen aber auch an die Zeit danach denken. Die auch durch den Siedlungsdruck erzeugte Zunahme des motorisierten Individualverkehrs zeigt uns deutlich die Grenzen der Mobilität in unserer Metropolregion auf. Dem gilt es entgegenzuwirken. Privatisierung, Stellenabbau und höhere Preise im ÖPNV sind jedenfalls für uns nicht die richtigen Antworten auf die zukünftigen Herausforderungen.

Wir haben eine Vision:

- Nulltarif für Alle im ÖPNV bei Bahnen und Bussen

Im ersten Moment betrachtet ist dies sicherlich eine radikale Forderung. Die enormen Investitionen in Ortsumgehungen (Pinneberg, Wedel, Tornesch) und in den weiteren Ausbau des Straßennetzes (A7/A23), auch hier im Kreis gepaart mit der immer noch zunehmenden Landschaftsversiegelung, zeigen jedoch auch die Grenzen des Wachstums auf. Volkswirt-

schaftlich macht es durchaus Sinn, auf diese Investitionen zu verzichten und stattdessen dieses Geld der BürgerInnen in den ÖPNV zu lenken. Außerdem werden durch den Verzicht auf Kontrolleure und Automaten weitere Mittel frei. Dies können sinnvoll in die Erhöhung der Kapazitäten bei Bussen und Bahnen und die Sicherung der Standards eingesetzt werden. Die Modernisierung und Verlängerung der Regionalzüge und der S-Bahn wären hierbei nur erste Maßnahmen.

Dies ist nicht von heute auf morgen zu erreichen. Ein erster Schritt, der kaum Änderung notwendig macht, ist der Nulltarif zu schwachen Zeiten z. B. zwischen 9 Uhr und 16 Uhr.

2. Eine aktive Fahrradpolitik für den Kreis

Der Kreis Pinneberg soll fahrradfreundlicher werden, die Benachteiligung des Fahrradverkehrs gegenüber dem Auto muss beendet werden. Dazu soll ein Programm „Fahrradfreundlicher Kreis Pinneberg“ ausgearbeitet werden, das Fahrradverkehr in erster Linie als Alltagsverkehr begreift.

Bestandteile eines solchen Programms müssen folgende Punkte sein:

- Lückenschluss im Radwegenetz an Kreisstraßen vorzugsweise durch neue Führungsformen des Radverkehrs wie Radfahrspuren,
- besondere Berücksichtigung des Fahrradverkehrs bei der Unterhaltung und bei Umbaumaßnahmen an Kreisstraßen gemäß den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen,
- Ausstattung aller Kreiseinrichtungen mit attraktiven Fahrradstellplätzen,
- Vernetzung und Information für die Kommunen.

Daneben soll Radverkehr auch als touristischer Faktor verstärkte Beachtung finden. Wir haben mit dem Ochsenweg, Elberadweg und der North Sea Cycle Route bereits drei internationale Radwanderwege im Kreis Pinneberg. Dieses Potential muss genutzt werden. Außerdem wollen wir das vorhandene Kreisradwegenetz überarbeiten. Die verstärkte touristische Erschließung des Untereiberaumes soll sich auf sanften Tourismus konzentrieren. Hierfür wäre der Einsatz von Leihfahrrädern zur Entlastung der AnwohnerInnen hilfreich.

3. Minimierung der Lärm- und Feinstaubbelastung

Lärm, verursacht durch Straßenverkehr, Bahn und Flugzeuge, ist für viele Menschen im Kreis Pinneberg ein Problem. Insbesondere die Störung der Nachtruhe führt zu Gesundheitsschäden. Wir wollen durch Verkehrsvermeidung und Lärmschutzmaßnahmen bestehende Belastungen vermindern. Insbesondere soll sich der Kreis weiterhin für eine Verringerung des Fluglärms in der Region Quickborn einsetzen.

Auch die Belastung durch Feinstaub muss an den besonders belasteten Straßenräumen erkannt und reduziert werden. Hierzu fordern wir, das Überwachungsnetz im Kreis Pinneberg zu verstärken und in Zusammenarbeit mit den Kommunen Maßnahmen zur Reduzierung der Belastungen zu entwickeln.

Es wird weiter Autoverkehr geben. In diesem Zusammenhang sollen durch den Kreis Pinneberg Formen eines nachhaltigen motorisierten Individualverkehrs (MIV – privater Autoverkehr) gefördert werden. Hierzu gehört ein Netz von Erdgastankstellen und auch Modelle von Carsharing für die Fahrzeugparks von öffentlichen Verwaltungen und deren Betriebe.

Das zukünftige Auto hat einen Elektromotor mit Batterie und Stromanschluss und einen kleinen Benzin- oder Dieselmotor zur Stromerzeugung bei Bedarf. Die IAA 2007 hat gezeigt, wo der Weg im Hinblick auf den notwendigen Klimaschutz hin geht. Dies wollen wir GRÜNE unterstützen. Neue Parkplätze werden mit Stromanschlüssen ausgerüstet, an denen die neuen Elektroautos mit Strom aus erneuerbaren Energien aufgeladen werden. Die Betreiber von Windenergieanlagen und Photovoltaikanlagen warten schon auf diese Ladestationen als universelle Pufferspeicher. So erhalten wir die Mobilität auf dem Lande und stabile Absatzmöglichkeiten für die erneuerbaren Energien.

Das Auto der Zukunft fährt elektrisch:

mit einen besseren Wirkungsgrad als jeder Benziner oder Diesel bisher z. B.

- Plug-in-Hybrid-PKW von Toyota angekündigt für 2010
- serieller Hybrid-PKW von Opel angekündigt für 2010
- serieller Hybrid-Bus von Mercedes angekündigt für 2009

4. Verkehrsbauprojekte nachhaltig entwickeln

Wir GRÜNE wenden uns weiterhin gegen Straßenbauprojekte, die ökologisch und ökonomisch unsinnig sind. Daher lehnen wir den Bau der K 22, die Westumgehung Pinneberg und die Weiterführung der A 20 ab Bad Segeberg mit der damit verbundenen Elbquerung ab.

Die geplante erneute Vertiefung der Elbe halten wir für unverantwortlich. Die Auswirkungen der letzten Vertiefung sind noch nicht abschließend untersucht, die damaligen Eingriffe sind noch nicht komplett ausgeglichen und die Folgen einer weiteren Elbvertiefung, auch im Zusammenhang mit dem Klimawandel und dem steigenden Meeresspiegel, sind nicht abschätzbar. Die Sicherheit der Deiche und der Menschen in den Marschen darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Ein nationales Hafenkonzzept mit der verstärkten Kooperation sind die Alternative zu der weiteren Elbvertiefung.

Einen neuen Flughafen in Kaltenkirchen lehnen wir ab. Dies ist ein Symbol für ein uneingeschränktes Wachstum im Luftverkehr und ein Prestigeobjekt, das im Zeichen des Klimawandels und vor dem Hintergrund der knapper werdenden Ölvorräte gesellschaftlich nicht durchsetzbar ist.

5. Shared Spaces - den Verkehrsraum gleichberechtigt nutzen!

In der klassischen Verkehrsplanung werden die öffentlichen Straßen, besser gesagt Verkehrsräume, möglichst fein getrennt. Es gibt Gehwege, Radwege und die eigentliche Straße für den automobilen Verkehr. In einem breiten Diskussionsprozess wollen wir alle diese Trennungen aufheben, Ampeln abbauen, Schilder entfernen und damit einen öffentlichen Raum schaffen, der von allen gleichberechtigt genutzt wird.

Das geht nicht? Modellversuche in europäischen Kommunen, zum Beispiel in Bohmte (Niedersachsen) und vor allem in den Niederlanden, zeigen überraschende Ergebnisse: die Unfallzahlen sinken, die Höchstgeschwindigkeit sinkt, die Durchfahrgeschwindigkeit steigt, die ökologische Belastung

verringert sich. Zu Fuß gehen und Radfahren wird attraktiver. Die Lebensqualität steigt.

Die Umkehr der Verhältnisse funktioniert: durch das Abschaffen von engen Regeln wird die soziale Verantwortung gestärkt - mehr Sicherheit durch weniger Regeln! Wir setzen uns daher für eine schrittweise Einführung von Shared Space im Kreis Pinnberg ein.

III. Kinder- und jugendgerechte Politik

1. Kinder haben Rechte

Der Kreis als Kommunalaufsicht muss sich für die konsequente Umsetzung der in der Gemeindeordnung garantierten Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen einsetzen. Kinder kann man schon sehr früh für politische Fragestellungen interessieren, wenn man sie in die für sie relevanten Fragestellungen einbindet. So lernen sie ihre Interessen zu artikulieren und sich für die eigenen Bedürfnisse einzusetzen.

Alle schulpflichtigen Kinder und Jugendliche gehen in die Schule, und an allen weiterführenden Schulen des Kreises gibt es Schülervertretungen. Diese bereits bestehenden Strukturen sind neben dem Kreisjugendring eine ideale Grundlage für die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die kommunale Politik. Das Projekt „Schüler machen Kreistag“ soll weiter fortgeführt werden.

Wir fordern, die Schülervertretungen in die Kreispolitik einzubinden, außerdem sollte es auch Schülervertretungen in den Grundschulen geben.

2. Kinderbetreuung muss für alle da sein

Eine pädagogisch sinnvolle Kinderbetreuung dient sowohl der sozialen als auch der Bildungsentwicklung von Kindern. Gerade für Kinder aus benachteiligten Familien und für Kinder mit Migrationshintergrund ist eine Betreuung in einer Kindertagesstätte außerordentlich wichtig. Die Grundlagen für eine erfolgreiche Schullaufbahn werden bereits im Kindergarten gelegt.

Die Kindertagesstätten sind heute Begegnungsstätten von pädagogisch ausgebildetem und sozial engagiertem Personal und Eltern. Darum wollen wir sie zu Familienzentren weiterentwickeln, in denen Eltern Hilfe und Rat für den Umgang innerhalb der Familie finden können.

Die Ausstattung mit Betreuungsplätzen im Elementarbereich (3-6 Jahre) hat sich zwar in den letzten Jahren verbessert, kann aber noch nicht als befriedigend gelöst angesehen werden. Wir sprechen uns daher für eine Erweiterung des Angebotes auch an Ganztagskindergartenplätzen im Elementarbereich aus. Außerdem wollen wir den Ausbau von Krippenplätzen (0 – 3) forcieren. Dort wo der Bedarf für reine Krippenplätze nicht ausreicht, sind altersgemischte Gruppen (Familiengruppen) zu gründen.

Auch dem Mittagstisch in der Kindertagesstätte kommt gerade durch die oftmals großen finanziellen Probleme der Eltern eine immer größere Be-

Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche

Foren für die Schülerpolitik auf Kreisebene

Schülervertretungen auch in Grundschulen

Familienzentren

Kitas sind Begegnungsstätten von Kindern, Eltern und ErzieherInnen

Kitas als Familienzentren weiterentwickeln

deutung zu. Wir fordern deshalb eine unentgeltliche Versorgung aller Kinder mit einem gesunden Mittagessen.

Insbesondere werden wir uns dafür einsetzen:

- dass die Gruppenstärke in den Elementargruppen wieder auf 20 Kinder reduziert wird.
- dass Kindertagesstätten, die behinderte und nicht behinderte Kinder mit und ohne Migrationshintergrund integrieren, eine besondere Förderung erfahren.
- dass **alle** Kinder in den Kindertagesstätten ein kostenfreies, gesundes Mittagessen erhalten.
- dass kreisweit wieder eine einheitliche Sozialstaffel eingeführt wird, so dass alle Kinder vom Kindergarten profitieren können. Elternbeiträge dürfen kein Hindernis sein, das Bildungsangebot Kindergarten anzunehmen.
- für den Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren.
- dass die Sprachförderung für Kinder mit oder ohne Migrationshintergrund bereits in Kindertagesstätten unter Einbeziehung der Eltern erfolgt. Damit einhergehend ist eine Intensivierung der Elternarbeit dringend erforderlich.
- für altersgemischte Gruppen (Familiengruppen), nicht nur wenn der Bedarf für reine Krippenangebote nicht ausreicht.
- für den stundenweisen Ausbau der Betreuungszeiten, wenn ganztägige Angebote nicht finanzierbar sind.
- für variable Betreuungszeiten, da die Arbeitszeiten der Eltern häufig nicht mit den Kindergartenzeiten kompatibel sind.

Diese Verbesserungen des Betreuungsangebots dürfen allerdings nicht auf Kosten der Qualität gehen.

3. Kreis Aufgabe Jugendhilfe: Politik für morgen!

Im Bereich der gesetzlichen Jugendhilfe sind in den letzten Jahren gegen unseren Willen hauptsächlich bei den stationären und teilstationären Erziehungshilfen Millionen eingespart worden. Gerechtfertigt wurden diese Einsparungen damit, dass man gleichzeitig bei den präventiven Hilfen Dienste neu eingerichtet hat. Hier muss das System wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Zunächst müssen die präventiven regionalen Hilfsangebote ausgebaut werden, nachhaltig wirken und auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Gleichzeitig wird es aber immer ein differenziertes stationäres Hilfsangebot geben müssen, solange Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen im familiären Umfeld nicht ausreichend Schutz, Förderung und ein Beziehungsangebot gegeben werden kann.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass

- die Jugendhilfeeinrichtungen im Kreis Pinneberg entsprechend dem tatsächlichen Bedarf ausgestattet sind und
- die Personalsituation in den allgemeinen sozialen Diensten gründliche und kontinuierliche Arbeit in belasteten Familien möglich macht.

Die Sozialen Dienste müssen personell so ausgestattet sein, dass die MitarbeiterInnen in der Lage sind, Kindeswohlgefährdungen zu erkennen und angemessene Hilfen einleiten zu können. Die hohen Anforderungen, der gesellschaftliche Druck und die persönlichen Belastungen können nur

Kita is(s)t gut!

Kostenfreie Mahlzeiten für alle in den Kitas.

Gesundes Essen in den Kitas.

durch ein gutes, permanentes Qualifizierungs- und Fortbildungsprogramm sowie regelmäßige Supervision aufgefangen werden. Es muss eine kontinuierliche Analyse und Bewertung (Evaluation) der Arbeit der Jugendhilfe geben.

Gleichzeitig sollten präventive Hilfen ausgebaut werden. Wir unterstützen das gerade in Arbeit befindliche Präventionskonzept des Kreises, wenn es dazu beiträgt, dass

- eine starke Vernetzung zwischen Jugendhilfe, Kitas und Schulen erfolgt,
- in den Kitas und den Schulen präventive Angebote zur Gewalt- und Suchtprävention vorgehalten werden, um frühzeitig Lebenskompetenzen zu erwerben,
- die Erziehungsberatungsstellen in bedarfsgerechtem Umfang erhalten bleiben,
- Konzepte einfließen, die sich an potentielle Schulabbrecher richten und
- die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen in das Netz integriert werden und ausreichend ausgestattet sind,
- eine Kooperation aus allen Stellen aufgebaut wird, die werdende Mütter unterstützen, wie Frauenberatungsstellen, Schwangerschaftskonflikt-Beratungsstellen, sozialen Diensten, Jugendhilfeeinrichtungen,
- auf die Bedürfnisse von Familien und Jugendlichen mit Migrationshintergrund reagiert wird und
- gewährleistet ist, dass bei den Angeboten Kostentransparenz und Trägervielfalt hergestellt wird.
- ein Ausbau von dezentralen Angeboten der Jugendhilfe erfolgt.

Hinsichtlich der Perspektiven interkulturell orientierter Jugendhilfe muss gewährleistet sein, dass alle Träger von Kinder- und Jugendeinrichtungen die Partizipation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ermöglichen und fördern.

Die Angebote von Stadt- und Kreisjugendringen und die Unterstützung von ehrenamtlich tätigen Menschen gehören zu wichtigen Bausteinen kommunaler Jugendförderung.

IV. Bildung für alle

1. Bildung muss für alle verfügbar bleiben

Unser Bildungssystem genügt schon lange nicht mehr den Ansprüchen einer modernen Gesellschaft. Das sagen uns nicht nur diverse Pisa-Studien, sondern wird uns monatlich von allen Ausbildungs- und Arbeitsplatzanbietern vorgehalten:

- immer weniger Menschen haben einen qualifizierten Schulabschluss,
- Bildungschancen sind abhängig von sozialer Herkunft
- immer weniger Menschen nehmen ein Studium auf,
- immer mehr Studierende brechen ab,
- immer mehr Auszubildenden fehlen grundlegende Kenntnisse und Fertigkeiten,
- uns fehlen Ingenieurinnen und TechnikerInnen,

- LehrerInnen und ErzieherInnen fühlen sich überfordert,

Aus all dem muss der Schluss gezogen werden, dass unser Bildungssystem am Leben vorbei ausbildet.

GRÜNE Bildungspolitik setzt sich dafür ein, dass allen Kindern die Voraussetzungen gegeben werden, von der Kita an, umfassend und ihren Fähigkeiten entsprechend ausgebildet zu werden. Unser Bildungssystem umgestellt werden. Für keine Schulform wird mehr Geld ausgegeben als für Gymnasien. Dort kommt aber nur noch ein Bruchteil der Kinder an. Ansonsten vergeuden wir weiterhin kostbarstes Potenzial.

Wir brauchen mehr Geld für die Kindertagesstätten. Das fängt mit der Qualifizierung und angemessenen Bezahlung der ErzieherInnen an (s. Pisa-Musterland Finnland. Dort verdienen sie das gleiche wie Lehrer). In den Kitas wird bei den Kindern der Grundstein für die Lernbereitschaft gelegt. Sie sind von Natur aus neugierig und „wissbegierig“ und lernen spielend.

Diese Lernbereitschaft muss in den Grundschulen gefestigt und auch genutzt werden. Daher sollten die Lerngruppen auch möglichst lange zusammen lernen. Gemeinsam bis zum ersten Abschluss. Jeder lernt von jedem. Das funktioniert, wie viele Beispiele auch in Deutschland zeigen. Überschaubare Gruppen, engagierte LehrerInnen und Pädagogen sind für die Kinder da. Lehr- und Lernmittel stehen in guter Qualität in ansprechenden Räumen zur Verfügung. Die Kinder werden nicht mit dem Ende der 4. Klasse von überforderten Lehrern eingestuft und damit für ihr Leben abgestempelt.

2. Autonome Bildungseinrichtungen sind stark!

GRÜNE Bildungspolitik setzt sich dafür ein, dass unser Bildungssystem aus der tradierten und überholten Form herausgeholt wird und sich der Lebenswirklichkeit der Familien stellt:

- Ganztagesbetreuung mit einer kostenlosen Mittagsverpflegung für **alle** Kinder, vom Kindergarten an. Denn viele Eltern, vor allem Alleinerziehende, müssen ganztägig arbeiten, um den Lebensunterhalt zu verdienen.
- Hausaufgaben werden unter Aufsicht in der Schule erledigt, dann haben alle Feierabend, wenn man zu Hause wieder zusammen kommt.
- Die Umweltbildung in den Kindertagesstätten, eingeführt durch den Kreisjugendring, muss zu einem festen Bestandteil werden.
- Sport und musische Erziehung gehören unabdingbar zu den Elementen einer Ganztagsbetreuung, ob in der Kita oder der Schule.
- Die Schulen müssen selbständiger werden, um flexibler auf die Bedürfnisse ihrer Kinder eingehen zu können. Es muss möglich sein, den Unterricht zu individualisieren.

„Die Lehrenden entscheiden weitgehend eigenverantwortlich, wie sie ihren Unterricht zeitlich und inhaltlich gestalten. Die Schulen erhalten mehr Selbständigkeit, nur so können sie ihre SchülerInnen zu selbständigen und teamfähigen Menschen erziehen.“
(Schule der Zukunft, Landtagsfraktion S-H)

Im Kreis Pinneberg müssen die Träger der Kitas finanziell und personell in die Lage versetzt werden, sich den Herausforderungen unserer Zeit zu stellen. Es kann nicht sein, dass nur die Kindergruppen größer gemacht werden, um den Anspruch auf einen Kindergartenplatz umzusetzen. Damit wird man weder den ErzieherInnen noch den Kindern gerecht.

3. Gemeinsames lernen macht stark!

Im Kreis Pinneberg muss die Einrichtung und Ausstattung von Ganztags-schulen weiterhin gefördert werden. Nicht nur die Grundschulen müssen dabei unterstützt werden, auch alle weiterführenden Schulen.

Die Schulleitungen der Grundschulen sollten in dem Bemühen unterstützt werden, die gebundene Ganztages-schule einzurichten bzw. die offene Ganztags-schule in die gebundene zu überführen. Kurze Beine brauchen kurze Wege. Wir wollen, dass kleinere Grundschulen mindestens als Teil-standorte flächendeckend erhalten bleiben.

Ein nächster Schritt ist dann die Einführung des gemeinsamen Lernens bis zur 9. Klasse. Das muss GRÜNE Politik in den Kommunen bis hinauf zum Land bewirken.

Die Einrichtung der Gemeinschaftsschulen wie es die Landesregierung an-gestoßen hat, geht nicht weit genug. Sie wurde bleibt auf halbem Weg stehen. Die Rahmenbedingungen wurden nicht geschaffen, dass das ge-meinsame Lernen erfolgreich praktiziert werden kann Wir fordern deshalb ein gemeinsames Lernen mit Qualität:

- Kleinere Klassenteiler
- Ausbildung der LehrerInnen zu "Gemeinschaftsschullehrenden"
- Einführung neuer Unterrichtsformen und neuer Lernpläne;
- Eine angemessene Ausstattung der Räumlichkeiten und der Sach-ausstattung der Schulen

Eine Aufdifferenzierung der Klassen halten wir erst nach der neunten Klas-se für sinnvoll, in weiterführenden beruflich orientierten Schulwegen oder in Oberstufenzentren, die den Weg zum Abitur bieten. Vorbilder gibt es genug, wie es gelingen kann!

4. Bibliotheken als Problemlöser – was darf Bildung kosten?

Bibliotheken sind Dienstleistungs- und Kommunikationszentren mit sehr gut ausgebildetem, noch hoch motiviertem Personal, Bildungseinrichtun-gen, Lernorte, Treffpunkte – aber freiwillige Leistungen der Kommunen und des Kreises.

Alle Bibliotheken haben als öffentliche Einrichtungen einen Bildungsauftrag – die Erlangung von Schlüsselqualifikationen zu fördern:

- Alle BürgerInnen sollen einen freien Zugang zu Informationen ha-ben.
- Alle sollen lesen können.
- Alle sollen die Möglichkeit haben, eine gewisse Medienkompetenz zu erlangen.
- Alle sollen lernen oder wissen, wie man sich Informationen be-schafft.

Diese Fakten und Anforderungen sind nicht neu, aber wichtiger denn je.

Trotz allgemein bekannter Misere im Bildungs- und Betreuungswesen, kündigte der Kreis nach und nach die Zuschüsse für öffentliche Bibliothe-ken. Einige Kommunen konnten diesen finanziellen Verlust nicht ausglei-

chen und so wurden die Mittel für Medienetat und Personal sukzessiv eingespart, das Angebot verschlechtert.

Aber nicht nur das Bibliothekswesen ist Opfer der Sparzwänge geworden. Das Medienzentrum (zur Förderung und Unterstützung des pädagogischen und technischen Einsatzes audiovisueller Medien in Schule, Lehrerbildung, Erwachsenenbildung und außerschulischer Jugendpflege) innerhalb des Kreises Pinneberg, wurde mit begrenzten Zuschüssen einfach abgegeben.

Wir GRÜNE wollen zukünftig wieder in die Bildung investieren und dafür auch Verantwortung übernehmen. Dazu wollen wir die Kreiszuschüsse für Bibliotheken wieder einführen.

5. Schulen erhalten und weiterentwickeln

Der bauliche Zustand vieler Schulen entspricht weder in energetischer noch in infrastruktureller Hinsicht den heutigen Ansprüchen. Die Streichung des Schulbau- und Sanierungsprogramms des Kreises lässt viele Schulträger „im Regen“ stehen. Durch die Verteuerung der Preise für Heizenergie und Strom haben viele Gemeinden nicht mehr die Möglichkeit, Sparmaßnahmen durch bauliche Sanierung umzusetzen. Wenn das Kapital für die Gebäudesanierung fehlt und /oder auch das Know-How, dann kann es sinnvoll sein, neue Instrumente wie z.B. Energie Contracting anzuwenden. Da auch die Bauunterhaltungsmaßnahmen durch die Politik immer wieder gerne auf die lange Bank geschoben werden, roتنen diese Gebäude still vor sich hin. Umbaumaßnahmen zur Neustrukturierung des Unterrichtes können nicht durchgeführt werden. Allein die Einführung von PCs in allen Klassen, auch den Grundschulen, überfordert die Bausubstanz und führt dazu, dass Stromnetze überlastet sind, weil fliegende Leitungen verwendet werden müssen. Das gefährdet Schüler und Lehrer.

Daher wird GRÜNE kommunale Bildungspolitik hier Schwerpunkte setzen, damit auch die älteren Schulgebäude den neuen Anforderungen gerecht werden können.

folgendes Überarbeiten

Der demografische Wandel führt bereits jetzt dazu, dass mancher Ort keine eigene Schule mehr vorhalten kann. Hier muss GRÜNE Kommunalpolitik für neue Konzepte sorgen, z. B. einen kostenlosen Schulbus oder ÖPNV-Fahrpläne, die an den Stundenplan angepasst sind. Dazu gehört zwingend eine Beteiligung des Kreises an den Fahrkosten der Kinder. Denn „Eltern-Taxi“ ist im Sinne der dringend notwendigen CO₂-Einsparungen nicht wünschenswert und auch nicht für jeden verfügbar.

6. Für jedes Kind ein Instrument

Die positiven Auswirkungen einer musikalischen Frühförderung sind offensichtlich. Gerade in den ersten Lebensjahren reagiert das Gehirn sehr stark auf neue Lernangebote. Damit verbundene pädagogische Chancen sollten nicht wie bisher großzügig verschenkt, sondern stattdessen effizient genutzt werden.

Energie Contracting

Ein Unternehmen übernimmt die Bewirtschaftung und Betriebsführung (einschließlich Finanzierung und Durchführung baulicher Maßnahmen) für ein Gebäude und erhält dafür eine Vergütung, die sich an der genauen Aufgabenzuweisung orientiert und leicht 75% der jährlichen Einsparung betragen kann.

Politik muss Verantwortung übernehmen

Keine Verzögerungstaktik mehr bei der Schulsanierung.

Wir wollen keine Bad Reichenhaller Verhältnisse von Verantwortungslosigkeit der Politik im Kreis Pinneberg.

Zuhören, die Fähigkeit zur Unterscheidung von Wichtigem und weniger Wichtigem, kann ein Kind lernen. Regelmäßiges Musizieren bereitet gut auf Lesen und Schreiben vor. Probleme mit der Hörwahrnehmung sind sehr oft die Ursache für Lernschwierigkeiten. Ein Instrument nach Noten spielen bedeutet, die Auge-Hand-Koordination zu trainieren. Musik ist eine internationale Sprache, überwindet viele Grenzen, fördert Verständigung und kann ein wichtiger Faktor zur gelungenen Integration in unsere Gesellschaft sein. Der aktive Umgang mit einem Instrument ist immer eine sinnvolle Alternative zu Computerspielen und Fernsehkonsum. Gemeinsames Musizieren in einer Gruppe fördert die Fähigkeit, auf andere Menschen zu achten und sich in eine Gemeinschaft einzubringen.

Wir GRÜNE wollen jedem Grundschulkind im Kreis Pinneberg den Weg zu einer Musikerziehung mit einem Leihinstrument ermöglichen – frühzeitig und kostenlos.

V. Beteiligung der BürgerInnen

1. Bürgerhaushalt

Die Aufstellung und Verabschiedung des Haushaltes – sprich die Verwendung der finanziellen Mittel - obliegt seit jeher dem Kreistag und somit den gewählten Abgeordneten. Die Mitwirkung der im Kreis lebenden Wahlberechtigten verkürzt sich auf die alle fünf Jahre stattfindende Wahl. Dies ist nach unserer Auffassung viel zu wenig. Zwar sind zunächst die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu beachten. Eine Bürgergesellschaft braucht jedoch Mitbestimmung auch und gerade bei der Verteilung von Steuergeldern.

Transparenz schaffen

Wir treten für die Diskussion mit den WählerInnen auch während der laufenden Wahlperiode ein. Nicht wer am lautesten schreit oder die vermeintlich bessere Klientelpolitik betreibt bedarf der Solidargemeinschaft. Vielmehr müssen alle gesellschaftlichen Gruppen in den Prozess der Haushaltsaufstellung einbezogen werden.

Die BürgerInnen vor Ort können oftmals nur zu gut beurteilen, wo finanzielle Hilfe dringend benötigt wird. Deshalb fordern wir einen Bürgerhaushalt, der zusammen mit allen Akteuren diskutiert und aufgestellt wird. Ein Seniorenbeirat, der mehr zu sagen hat, und Einwohnerfragestunden sind erste Schritte. Aber sie greifen uns viel zu kurz.

Wir GRÜNE stellen uns eine praktisches Mitspracherecht und eine Mitbestimmung ganz konkret wie folgt vor:

- Durchführung von Bürgerparlamenten mit einer Ideenbörse und anschließender Behandlung im Kreistag,
- Antragsrecht von BürgerInnen zu haushaltsrelevanten Themen in allen Ausschüssen,
- Anhörung von BürgerInnen in allen Gremien direkt bei allen Tagesordnungspunkten,
- Mitwirkung von BürgerInnen bei den Haushaltsberatungen,

Instrumente für ernsthafte Beteiligung der BürgerInnen

Bürgerhaushalt für die Vorstellungen der BürgerInnen zur Mittelverwendung im Kreis.

Rede- und Antragsrecht der BürgerInnen in den Gremien.

Der Bürgerhaushalt

Informationen unter www.buergerhaushalt.org

Beispielhafte Kommunen mit einem Bürgerhaushalt:

Castrop-Rauxel, Hamm, Vlotho, Großbreitenbach

Bis zur Umsetzung unserer Forderungen erscheint es noch ein langer Weg. Neue Ideen werden hinzukommen. Gerade beim Antragsrecht bedarf es einer Änderung der Gemeindeordnung. Aber dies wird uns geradezu ermutigen. Denn die Politikverdrossenheit von vielen rührt auch daher, dass nach der Wahl kaum Einfluss auf eben diese Politik mehr genommen werden kann. Die meist geringe Resonanz der Bevölkerung bei den Sitzungen belegt dies sehr anschaulich.

Eine bessere ist für uns eine direktere Demokratie, dafür werden wir uns GRÜNE einsetzen.

2. Verwaltungsreform

Die Grenzen der Kreise sind in der Vergangenheit oft willkürlich festgelegt worden. Eine Reform der Kreise wird mittlerweile zwar von allen Parteien gefordert. Uns geht es jedoch um eine Reform, die diesen Namen auch verdient hat. In den letzten Jahren haben wir neue Konzepte entwickelt, um die vielfältigen kommunalen Aufgaben sinnvoll neu zu ordnen. Alles was vor Ort in den Gemeinden, den Ämtern und Städten erledigt werden kann, soll auch dort erledigt werden.

Beispiele für neue Aufgaben vor Ort sind u. a.:

- Einrichtung von Bürgerbüros für die Beratung aller Bürger,
- Übernahme aller Formalitäten beim Umzug von Bürgern (auch Kfz-Anmeldung),
- Zuständigkeit u. a. für alle allgemeinbildenden Schulen, die allgemeinen sozialen Einrichtungen und die Arbeitsverwaltung,
- Bearbeitung von allen Bauanträgen.

Dies sichert nicht nur kurze Wege für alle BürgerInnen, sondern spart auch eine enorme Menge an Geld bei den Verwaltungen. Geld, welches dringend auch für mehr Bildung und die Hilfe auf dem Arbeitsmarkt benötigt wird.

Mit einer Verlagerung der Zuständigkeiten in der Verwaltung treten wir auch für eine Neustrukturierung der politischen Grenzen in diesem Land ein. Die Abschaffung der Kreise kann es jedoch auch nicht sein. Zu viele überörtliche Aufgaben, wie z. B. Regionalplanung, ÖPNV, Kliniken und Katastrophenschutz, können nicht von den Kommunen übernommen werden. Das Gerangel um eine neue Struktur hat vor allem einen Grund: Einfluss und Pöstchen zu sichern. Dies werden wir jedoch nicht mitmachen. In Schleswig-Holstein herrscht derzeit eine Kleinteiligkeit von politischen Grenzen und der mangelnden demokratischen Legitimierung der Ämter. Daran hat auch deren Zusammenlegung nichts geändert. Nach wie vor wird der Amtsausschuss zum Beispiel nicht von den BürgerInnen direkt gewählt. Das ist undemokratisch.

Eine Gebietsreform muss sich neben der Nähe zu den Menschen auch an den kulturellen und wirtschaftlichen Verflechtungen neu orientieren.

Wir werden deshalb dafür eintreten, dass

- kurze Wege zu den Verwaltungen ermöglicht werden, auch mit dem ÖPNV,

Verwaltungsreform

Verwaltung muss zu den BürgerInnen kommen.

Verwaltung muss überall demokratisch legitimiert sein.

Ämter brauchen einen in Urwahl gewählten Amtsausschuss.

- kulturelle Einrichtungen wie die Drostei nicht ihre Eigenständigkeit verlieren,
- eine Aufgabenkritik vor der willkürlichen Neuschneidung von Grenzen stattfindet,
- es keine Blockade der Gebietsreform durch „Ortsfürsten“ geben darf,
- mit der Zusammenarbeit der Kommunen und Kreise eine echte politische Reform einher geht,
- es direkt gewählte Ausschüsse der Ämter gibt.

3. Nordstaatdebatte und Metropolregion Hamburg

Das Zusammenleben der Menschen auf unserem Planeten erfährt gesellschaftlich und wirtschaftlich eine neue Dimension. Die Wirtschaft ist global vernetzt. Dies birgt Chancen aber auch Risiken. Preissteigerungen im Energiesektor, Lohndumping aber auch der Zugang zu preiswerter neuer Technologie und Arbeitsplätze u. a. in der Logistik sind hier beispielhaft zu nennen. Die Akteure im Norden reagieren jedoch hierauf ohne ein abgestimmtes Konzept. Bürgermeister und Landräte suchen nur die Vorteile ihrer Region. So kommen wir im Norden sicherlich nicht weiter voran.

Wir fordern deshalb:

- eine integrierte Wirtschafts- und Technologieförderung im Norden,
- eine norddeutsche Plattform für die Infrastruktur rund um Bahn- LKW- und Schiffsverkehr,
- ein gemeinsames Vorgehen des Nordens bei der Projektförderung (EU, Weltbank ...),
- und als Vision eine Zusammenlegung der norddeutschen Bundesländer.

Über den Tellerrand hinaus schauen heißt für uns die Devise. Der Kreis Pinneberg verkümmert derzeit als pures Anhängsel der Metropolregion. Ohne eine Zusammenarbeit aller Kommunen geht in Zukunft innerhalb der Region kaum etwas. Insbesondere der seit einigen Jahren anhaltende Siedlungsdruck zwingt uns zu gemeinsamen Lösungen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass

- eine verstärkte Zusammenarbeit in der Metropolregion und insbesondere der umliegenden Kreise Wirklichkeit wird,
- die Ausweisung von abgestimmten Siedlungs- und Wirtschaftsräumen in der Region erfolgt
- eine integrierte Ver- und Entsorgung der urbanen Räume gemeinsam sichergestellt wird
- ein Ausgleich der Gewerbesteuererinnahmen im Hamburger Umland möglich wird

Metropolregion

Gleichberechtigte Vernetzung aller Mitglieder in der Metropolregion.

Keine Kirchtumpolitik mehr wie in Stade beim Bau des Kohlekraftwerks.

Keine einseitige Bevorzugung von Hamburg wie bei der Elbvertiefung.

VI. Menschenwürdiges und selbst bestimmtes Leben für alle

1. Integration von Langzeitarbeitslosen

ARGE wie weiter:

Mit Beginn des Jahres 2005 ist das neue Leistungsrecht für Langzeitarbeitslose in Kraft getreten, die Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II), auch unter Hartz IV bekannt. Damit wurde eine langjährige Forderung, nämlich die Zusammenlegung der alten Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhil-

fe, verwirklicht. Das Prinzip des Forderns und Förderns bekam einen hohen Stellenwert. Die Doppelzuständigkeit, die mit der Einführung der Leistungszentren (ARGEn) von Bund und Kreisen eingeführt wurde, stellt sich nun nicht nur als verfassungswidrig heraus. Sie führt auch in der Praxis immer wieder zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen den beiden Akteuren, die letztlich auf dem Rücken der Langzeitarbeitslosen ausgetragen werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Langzeitarbeitslose künftig in Dienstleistungszentren von den Kommunen betreut werden. Hier gibt es erstens einen großen Erfahrungshorizont aus der Vergangenheit. Zweitens können die Kommunen wesentlich flexibler auf örtliche Gegebenheiten reagieren und werden damit den Menschen, die von diesen Leistungen abhängig sind, eher gerecht, als wenn von Berlin aus zentralistisch gesteuert wird. Eine Förderung und Vermittlung von qualifizierten, häufig älteren, Langzeitarbeitslosen in adäquate Stellen darf durch die Kommunalisierung nicht behindert werden.

Kommunale Dienstleistungszentren als Ansprechpartner:

- für alle Transferleistungen
- Aufgabenbündelung in Verantwortung der Kommunen

Gerechtigkeit im Leistungsrecht herstellen:

Grundsätzlich haben wir GRÜNEN uns bundesweit für eine neue soziale Grundsicherung entschieden. Eine Grundsicherung, die das Prinzip des Förderns deutlich vor das des Forderns stellt.

Wir GRÜNE setzen uns deshalb dafür ein, dass im Kreis Pinneberg die Leistungen so bedarfsorientiert wie irgend möglich gewährt werden und alle Möglichkeiten und Hilfestellungen des Förderns, die es jetzt schon gibt, auch ausgeschöpft werden.

- Das betrifft im Moment insbesondere erwerbslose Frauen, die durch das Gesetz benachteiligt sind, weil sie abhängig gemacht werden vom Einkommen des Partners.
- Das betrifft junge Erwachsene, die einen eigenen Hausstand gründen möchten.
- Das betrifft ältere Erwerbslose, die trotz geringer oder keiner Perspektive auf dem Arbeitsmarkt z. B. zu Ein-Euro Jobs verpflichtet werden.
- Das betrifft gering qualifizierte Langzeitarbeitslose, die häufig von Maßnahme zu Maßnahme geschickt werden, um dann schließlich doch wieder ohne Arbeitsplatz zu Hause zu sitzen.

Es ist eine unserer zentralen Forderungen, dass eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen im Sinne einer wirklichen Gleichstellung umgesetzt wird. Deshalb unterstützen wir im Kreis Pinneberg die Beratungsstellen für Frauen, die sich dafür einsetzen, dass hilfebedürftigen Frauen die notwendigen gesetzlichen Leistungen auch zur Verfügung stehen.

Wir wollen, dass es für ältere Erwerbslose mehr Konzepte gibt, und dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Auch der Aspekt von ehrenamtlichem Engagement als Alternative zu Erwerbsarbeit muss zum Tragen kommen. Wir setzen uns dafür ein, dass es für gering qualifizierte Langzeitarbeitslose möglich ist, sich freiwillig gesellschaftlich zu engagieren. Für diesen Personenkreis müssen auch die neuen Möglichkeiten eines dritten Arbeitsmarktes genutzt werden.

Neben den präventiven Konzepten für potenzielle Schulabbrecher muss es auch ausreichend Konzepte und Programme für erwerbslose junge Men-

schen geben, die jetzt schon keinen Schulabschluss und keine Ausbildung haben. Junge Menschen, die bereits arbeitslos sind und den Anforderungen des SGB II nicht gerecht werden können, sind mit besonders niedrigschwelligen Konzepten da abzuholen, wo sie stehen. Das kann auch bedeuten, dass Aufgaben teilweise auf Jugendhelferträger übertragen werden müssen.

Elektrogeräte bedarfsgerecht als einmalige Beihilfen gewähren:

Ohne den Regelsatz der Grundsicherung zu kürzen, sollen der Ersatz von defekten Elektrogeräten wie Waschmaschinen und Kühlschränken den EmpfängerInnen von Grundsicherungsleistungen über Einzelbeihilfen gewährt werden. Zum einen ist es EmpfängerInnen der Grundsicherung mit ihren geringen Budgets nicht zuzumuten, ausgerechnet die im Energieverbrauch teuren alten Geräte finanzieren zu müssen, während Besserverdienende sich sparsame Geräte leisten können. Zum anderen trägt diese Maßnahme aktiv zum Klimaschutz bei.

Energieversorgung muss bezahlbar bleiben:

Ohne eine Energieversorgung ist eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben heute nicht mehr denkbar. Darum plädieren wir dafür, dass der Regelsatz für die Grundsicherung jährlich an die Energiepreise angepasst wird. Gerade Haushalte mit geringen Einkommen sind schnell von einer Abschaltung durch die Energieversorgung durch das Versorgungsunternehmen betroffen und bleiben dann auch noch auf den zusätzlichen Kosten für das Ab- und Wiederanschalten sitzen. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden. Wir GRÜNE werden uns bei den Versorgungsunternehmen dafür einsetzen, dass in solchen Fällen auf eine Abschaltung verzichtet wird und dafür, wie in anderen Ländern schon üblich, ein Münzzähler installiert wird.

2. Gleichstellung von Frauen und Männern

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist noch lange nicht erreicht. Bei gleichwertiger Arbeit verdienen Frauen im Durchschnitt 25 Prozent weniger als Männer. Zwei Drittel aller Niedrigverdienenden mit weniger als 75 Prozent des durchschnittlichen Einkommens sind Frauen. Davon liegen sogar 30 Prozent der Frauen noch weit unter den 75 Prozent.

Ebenfalls sind Frauen in Führungspositionen immer noch unterrepräsentiert. Gleichstellungspolitik ist nach wie vor Frauenpolitik. Die Ursachen für diese versteckte Form der Diskriminierung sind meistens begründet in den Lebenssituationen der Frauen. Ausstiege wegen Kinderbetreuung dauern oft aus Gründen fehlender guter Betreuungsangebote mit durchschnittlich sechs Jahren zu lange. Der berufliche Wiedereinstieg findet auf Grund von Teilzeitarbeit dann bei fast der Hälfte aller Frauen auf weniger qualifizierten Arbeitsplätzen statt.

Auch auf Kreisebene kann viel getan werden, um mehr Geschlechtergerechtigkeit zu verwirklichen und Gleichstellung als Querschnittsthema ernst zu nehmen. Unsere GRÜNEN Ziele sind, dass Betreuungsangebote bedarfsgerecht ausgestattet sind. Das betrifft vor allem die Angebote für bis zu dreijährige Kinder. Wir brauchen wieder eine gerechte und einheitliche Sozialstaffel, die es auch Frauen mit knappen Einkommen ermöglicht, ihre Kinder in Tagesstätten unterzubringen.

Wir unterstützen die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten auch, damit diese nicht durch permanente Daseinsberechtigungskämpfe zerschlagen werden. Wir wirken darauf hin, dass auch im Bereich der Wirtschaft ein Verantwortungsbewusstsein und mehr Sensibilität für die Belange von Frauen entsteht.

Wir unterstützen die Arbeit der Frauenberatungsstellen und der Frauenhäuser, die sich in ihrem Bemühen für mehr Gerechtigkeit für Frauen einsetzen und gegen Gewalt gegen Frauen kämpfen. Bestehende Projekte müssen auf eine verlässliche und solide Grundlage gestellt werden. Insbesondere die Projekte, die Frauen mit Migrationshintergrund ansprechen, wie etwa Projekte zur Überwindung von Sprachbarrieren müssen unterstützt, gefördert und erweitert werden.

37 Prozent der Frauen in Frauenhäusern hatten einen Migrationshintergrund. Frauen haben in besonderer Weise Schwierigkeiten sich aus Gewaltbeziehungen zu lösen. Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen halten besondere auf die speziellen Bedürfnisse von Frauen mit Migrationshintergrund ausgerichtete Angebote vor. Daher setzen sich die GRÜNEN im Kreis Pinneberg vorbehaltlos für eine ausreichende Förderung dieser Einrichtungen ein.

3. Gesundheitspolitik für die Zukunft

Wir GRÜNE haben erreicht, dass im Kreis Pinneberg ein flächendeckendes Angebot an Suchtberatungsstellen aufgebaut wurde. Die Vorschläge der Deutschen Hauptstelle für Suchtgefahren im Hinblick auf die Zahl der Berater pro Einwohner sind im Kreis Pinneberg verwirklicht worden. Dazu gehört auch ein Grundangebot an präventiven Maßnahmen, insbesondere an den Schulen. Dieses wollen wir jedoch noch erweitern. Die Angebote an den Schulen müssen wesentlich nachhaltiger und regelmäßiger organisiert und durchgeführt werden. Ebenso halten wir es für notwendig, auch die Kindertagesstätten in die sucht- und gewaltpräventiven Hilfen einzubeziehen. Je frühzeitiger Kinder Lebenskompetenzen erlernen, desto eher kann verhindert werden, dass sie Lösungen in Sucht- oder Gewaltstrukturen suchen.

Es ist erreicht, dass die Kliniken des Kreises unter dem Dach der Regio-Kliniken in öffentlicher Verwaltung gehalten werden konnten. Die einzelnen Häuser spezialisierten ihr Angebot und es entstand eine neue Struktur der Gesundheitsversorgung im Kreis.

Die neuen Herausforderungen im Gesundheitswesen sind so mit Hilfe der Mitarbeiter gemeistert worden. Das Angebot der Gesundheitsdienstleistung wurde um eine qualifizierte Kinderstation in Pinneberg und die Palliativversorgung in Elmshorn erweitert.

Die Regio-Kliniken gehören zur kommunalen Daseinsvorsorge. Deshalb wenden wir uns weiterhin entschieden gegen Bestrebungen für eine Privatisierung der Häuser.

Wir werden uns einsetzen

- für die Erhaltung der drei Regio-Kliniken,

Beschluss Kreismitgliederversammlung 18. März 2008

Suchtprävention verstärken

- in Schulen
- in Kitas

Keine Privatisierung der Regio-Kliniken

Regio-Kliniken sind das Eigentum der BürgerInnen des Kreises.

- für die Beibehaltung des kommunalen Einflusses bei den Krankenhäusern,
- für eine Qualitätsoffensive mit dem Ziel, die Versorgungsquote weiter zu erhöhen und das Angebot auf ein ganzheitliches Niveau zu bringen,
- für eine angemessene Beteiligung der Mitarbeiter am wirtschaftlichen Erfolg der Kliniken,
- für eine weitere Vernetzung des Gesundheitswesens innerhalb des Kreises und darüber hinaus.

Regio-Kliniken müssen erhalten bleiben in

- Elmshorn
- Pinneberg
- Wedel

Die interkulturelle Öffnung der Dienste des Gesundheitswesens steckt noch in den Kinderschuhen. Hier sind jahrzehntelange Versäumnisse nachzuholen, die nachweisbare Qualitätseinbußen in der Versorgung von MigrantInnen zur Folge haben.

4. Politik für ältere Menschen

Der immer größer werdende Anteil älterer und zum Teil pflegebedürftiger Menschen in unserer Gesellschaft bedeutet, dass Seniorenpolitik ein wichtiger Bestandteil der Sozialpolitik ist.

Gerade für ältere BürgerInnen ist ein Leben in Würde, mit dem Selbstständigkeit und Selbstbestimmung untrennbar verbunden sind, von größter Wichtigkeit. Da mit zunehmendem Alter, oft verbunden mit Pflegebedürftigkeit, die Mobilität zum Teil oder auch ganz eingeschränkt ist, müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, SeniorInnen am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen.

Wir GRÜNE setzen uns für den altersgerechten Umbau von Wohnungen ein. So müssen körperlich weniger eingeschränkte SeniorInnen die Möglichkeit haben, nach individuellem Wunsch zu leben. Wir GRÜNE unterstützen innovative Ideen zur Entwicklung neuer Wohnformen im Alter, wie beispielsweise Haus- oder Siedlungsgemeinschaften, die den Lebensbedürfnissen älterer Menschen gerecht werden.

Wir GRÜNE fordern eine Verbesserung der Wohnqualität in Altenheimen und vor allem mehr und auch besser qualifiziertes Pflegepersonal. Auch die Fortschreibung des Pflegebedarfsplans, um zu erwartenden Entwicklungen gerecht zu werden und eventuellen Engpässen rechtzeitig vorbeugen zu können, ist dringend notwendig. Die Mitwirkungsmöglichkeiten in den Einrichtungen müssen optimiert werden. Da aufgrund zunehmenden Alters oder Pflegebedürftigkeit viele HeimbewohnerInnen ihr Mitbestimmungsrecht nicht wahrnehmen können, sind sie auf Angehörige, sonstige Vertrauenspersonen oder Mitglieder örtlicher Seniorenvertretungen angewiesen, die sich für ihre Belange einsetzen.

Um der Vereinsamung nicht nur älterer Menschen allgemein sondern auch älterer MigrantInnen entgegenzuwirken, müssen die kulturellen Angebote für SeniorInnen erweitert und integrativ ausgerichtet werden. Ältere BürgerInnen müssen unterstützt werden, ihr Wissen weiterzugeben und neues Wissen zu erwerben, besonders im Hinblick auf neue Medien. Das funktioniert nur, wenn die entsprechenden Angebote auch generationenübergreifend ausgerichtet werden. Ehrenamtliche Begleittätigkeit kann vielen älteren Menschen zu einem aktiven Leben verhelfen.

Alternative Wohnformen für SeniorInnen ermöglichen

Feste Quoten bei der Ausweisung von Wohngebieten für

- Wohnprojekte
- Mehrgenerationenhäuser

Hospize einrichten im Kreisgebiet

Selbstbestimmung muss auch am Lebensende ermöglicht werden.

Im Alter rücken auch Fragen des Lebensendes näher. Sterben ist Teil des Lebens. Viele haben jedoch Angst, alleine und unter Schmerzen sterben zu müssen. Dieses Anliegen hat die Hospizbewegung aufgegriffen. Wir GRÜNE unterstützen diese Begleitung.

5. Für Toleranz und Weltoffenheit – Zukunftsaufgabe Integration

Im Kreis Pinneberg leben mehrere tausend Menschen mit Migrationshintergrund. Wir betrachten sie als selbstverständlichen Teil unserer Gesellschaft. Diese gesellschaftliche Realität wollen wir demokratisch mitgestalten. Sie ist Bereicherung und Herausforderung. Sie ist nicht bequem, beinhaltet aber immense Potenziale. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass wichtige im nationalen Integrationsplan formulierte Ziele auf die kommunalen Bedingungen im Kreis abgestimmt werden. Integration findet vor Ort statt und ist eine Querschnittsaufgabe, die alle gesellschaftlichen Bereiche berührt. Integrationspolitik nach Gutsherrenart und Schaupfeln lehnen wir ab.

Für uns GRÜNE ist Integration ein Prozess zu einem Leben in geltendem rechtlichem Rahmen, mit sozialer Chancengleichheit und kultureller Selbstbestimmung. Wir setzen uns daher für eine bessere Einbeziehung von MigrantInnenorganisationen in politische Entscheidungsprozesse ein. Dadurch wird ein tolerantes, von gegenseitiger Kenntnis und Verständnis getragenes Miteinander gefördert.

Die frühe sprachliche Integration der Kinder ist eine Schlüsselaufgabe der Integration, aber auch für Erwachsene ist der Spracherwerb unverzichtbar. Doch integrieren kann sich nur, wer Zugang zu Bildung hat. Unser Bildungssystem muss daher fähig werden, mit sozialer und kultureller Heterogenität umzugehen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Mittel bereitgestellt werden, die eine unzureichende Landesförderung an Kindertagesstätten und Schulen ergänzen. Erziehende wie lehrende Mitarbeitende müssen in Bezug auf interkulturelle Kompetenz qualifiziert werden.

Soziale Herkunft, zuwanderungsbedingte Sprachschwierigkeiten und kulturelle Barrieren, unrealistische Erwartungen sowie Ausgrenzungserfahrungen sind Ursachen dafür, dass die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Schule, Ausbildung und Beruf nicht wie gewünscht verläuft. Die Erfahrungen von Diskriminierung und Verfolgung sind zusätzliche Risikofaktoren für Verhaltensauffälligkeiten bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Wir setzen uns dafür ein, dass die offene Jugendarbeit gestärkt und präventive Ansätze mit interkulturellem Ansatz verstärkt gefördert werden. So wollen wir GRÜNE erreichen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund nicht ausgegrenzt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass vor einer Abschiebung von besonders schutzwürdigen Personen wie Minderjährige, Schwangere, ältere Personen, Alleinerziehende mit Kindern, Kranke und Traumatisierte ernsthaft geprüft wird, ob eine gesundheitliche Gefährdung bei einer Rückführung ausgeschlossen wird. Eine Rückführung in Krisengebiete wie Afghanistan oder Tschetschenien verurteilen wir aufs Schärfste. Wir unterstützen jede

Maßnahme, die langjährig geduldeten Menschen die Möglichkeit eröffnet, ein selbst bestimmtes Leben in Würde zu führen.

6. Unterstützung des Sports

Sport ist für uns nicht nur aktive Sozial-, Jugend- und Gesundheitspolitik. Viele Menschen hier im Kreis sind in Sportvereinen organisiert und in ihrer Freizeit als Sportbegeisterte und EhrenamtlerInnen mit Elan dabei. Dieses unverzichtbare ehrenamtliche Wirken werden wir auch zukünftig auf Kreisebene mit aller Kraft unterstützen.

Mit dem Kreissportverband haben wir eine tatkräftige Organisation, die ein verlässlicher Garant ist für die Vernetzung und die Unterstützung der einzelnen Vereine hier im Kreis. Gerade hinsichtlich der Unterstützung von kleineren Vereinen und bei der professionellen Ausbildung der ehrenamtlich Tätigen ist der Kreissportverband für uns unverzichtbarer Bestandteil des Breitensportes im Kreis. Diese gesellschaftlich bedeutende Aufgabe ist uns auch in Zukunft besonders wichtig.

Die Budgetvereinbarung aus der nunmehr ablaufenden Wahlperiode sichert dem Kreissportverband in einem vertraglich vereinbarten Rahmen bis 2013 ein stabiles finanzielles Fundament für seine erfolgreiche Arbeit. Hier zeigt sich sehr deutlich wie wichtig die Ausgleichsfunktion des Kreises ist. Diese Vereinbarung werden wir zusammen mit dem Kreissportverband fortentwickeln.

Die Förderung von notwendigen Baumaßnahmen an den Sportstätten werden wir auch weiterhin zusammen mit den Kommunen vorantreiben. Mit uns GRÜNEN wird das Engagement in der Jugendarbeit der Vereine durch eine Aufstockung der Zuschüsse besonders gewürdigt werden.

VII. Kultur für den Kreis Pinneberg

Die Drostei mit ihren Angeboten für eine breite Bevölkerungsgruppe ist durch Kürzungen und Versagungen der Kreiszuschüsse in ihrer Existenz akut gefährdet. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kulturarbeit in der Drostei erhalten wird. Eine Leistungsvereinbarung muss zukünftig sicherstellen, dass der notwendige Zuschuss des Kreises für die gewünschte Kulturarbeit geleistet wird. Wenn Spendenmittel eingeworben werden können, sollen diese gedrittelt werden. Ein Drittel soll das Stiftungskapital der Drostei aufstocken, ein weiteres Drittel soll der laufenden Arbeit zugute kommen und das letzte Drittel soll den Anteil des Kreiszuschusses reduzieren. Der Kreis soll nach wie vor die Kosten für die bauliche Unterhaltung der Drostei tragen. Die derzeitige Personalausstattung der Drostei soll nicht reduziert werden.

Daneben und zusätzlich soll auch weiter der Kreiskulturpreis in der jetzigen Höhe als Anerkennungs- und Förderpreis für altgediente und Nachwuchskünstler vergeben werden.

Die Musikschulförderung soll im bisherigen Umfang weiter geführt werden.

Der Kreis soll sich im Einvernehmen mit dem Kreiskulturverband jährlich mit einer zu bestimmenden Summe an der Durchführung einer Kreiskulturwoche beteiligen.

Damit konzentriert der Kreis seine Kulturförderung auf vier Projekte, die in ihrer Ausstrahlung den Kreis und seine KünstlerInnen über die Kreisgrenzen hinaus präsentieren und gleichzeitig für die kulturelle Szene im Kreis Pinneberg Kristallisationspunkte bilden. Hierfür bildet die Drostei den Mittelpunkt der Aktivitäten.

Zum Schluss

Sie finden dazu ausführliche Informationen in unserem Grundsatzprogramm, das Sie bei uns abfordern können oder im Internet unter www.gruene.de ansehen können.

Wir verstehen unser Wahlprogramm auch als ein Angebot an Sie, mit uns ins Gespräch zu kommen. Wir freuen uns über Ihre Anregungen auf unseren Veranstaltungen, an den Infotischen unserer Partei, auf einer unserer Parteiveranstaltungen, die immer öffentlich sind, oder einfach per Anruf, Post oder E-Mail.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
KV Pinneberg
Damm 48, 25421 Pinneberg
Tel.: 04101/376056, Fax: 04101/553986
E-Mail: kv.pinneberg@gruene.de
Internet: www.gruene-pi.de

JETZT. FÜR MORGEN.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Ihre Grüne ListenkandidatInnen für den Kreistag Pinneberg

Platz 1 – Susanne Epskamp
Platz 2 – Thomas Giese
Platz 3 – Susanne von Soden
Platz 4 – Helmuth Kruse
Platz 5 – Regina Flesken
Platz 6 – Peter Hölzel
Platz 7 – Dr. Valerie Wilms
Platz 8 – Thomas Grabau
Platz 9 – Christiane Clauß
Platz 10 – Burkhard Stratmann
Platz 11 – Heinke Maschmann
Platz 12 – Achim Dieckmann
Platz 13 – Marianne Hülsen
Platz 14 – Jörg Schneider
Platz 15 – Sabine Schaefer-Maniezki
Platz 16 – David Hilbert
Platz 17 – Erika von Kalben
Platz 18 – Heinrich F. Kut
Platz 19 – Andrea Koehn
Platz 20 – Rainer Naske
Platz 21 – Peter Schultes
Platz 22 – Walter Richert

Ihre Grüne Kandidatinnen zum Kreistag in den Wahlkreisen im Kreis Pinneberg

1 – Hörnerkirchen-Rantau	Susanne von Soden
2 – Barmstedt	Johannes Seifert
3 – Elmshorn Land	Erika von Kalben
4 – Elmsh.-Alstadt-Klostersande	Marianne Hülsen
5 – Elmshorn-Nordwest	Peter Hölzel
6 – Elmshorn Süd	Rolf Tschochner
7 – Elmshorn Nordost	Dr. Silke Pahl
8 – Elmshorn Ost	Rainer Naske
9 – Haseldorf-Moorrege I	Renate Kruse
10 – Moorrege II	Susanne Epskamp
11 – Uetersen West	Helmuth Kruse
12 – Uetersen Ost	Christiane Clauß
13 – Tornesch	Georg Janssen
14 – Wedel Nordost	Hellmut Metz
15 – Wedel Schulau West	Regina Flesken
16 – Wedel Schulau Ost	Dr. Valerie Wilms
17 – Pinneberg Nord	Thomas Giese
18 – Pinneberg Mitte I	Ingo Worm
19 – Pinneberg Mitte II	Joachim Dreher
20 – Pinneberg Süd	Peter Schultes
21 – Schenefeld	Walter Richert
22 – Schenefeld-Hlastenbek	Hedda Siebel
23 – Halstenbek	Ines Strehlau
24 – Pinnau I	David Hilbert
25 – Pinnau II-Rellingen	Achim Dieckmann
26 – Rellingen II	Silke Faber
27 – Quickborn I	Sabine Schaefer-Maniezki
28 – Quickborn II	Heinrich F. Kut
29 – Helgoland	Thomas Grabau